

## Konjunkturen des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung

*Roland Czada*

Die „dritte Welle der Verbändeforschung“ (Almond 1983: 173), nach dem klassischen Pluralismus der fünfziger und den Neo-Pluralismen der sechziger Jahre, ist mit dem Begriff „Korporatismus“ eng verbunden. Die Vorstellung und Beobachtung wohlgeordneter und dauerhafter Verknüpfungen von Staat und Verbänden anstelle einer Vielgestalt punktueller Einflußbeziehungen unterscheidet den Korporatismusansatz von der Pluralismustheorie amerikanischer Prägung. Aus einer Fülle pluralismuskritischer Ansätze hat sich gerade dieses Konzept als neues Orientierungsschema der Verbändeforschung durchgesetzt. Es markiert einen Paradigmenwechsel, den zahlreiche andere Varianten der Pluralismuskritik (Schattschneider 1960; Lowi 1969; LaPalombara 1964; McConnel 1966; Rokkan 1966; Bachrach 1967; Kaiser 1954; Fraenkel 1991; Blanke et al. 1975) verfehlt hatten.

Die Frage nach Ausmaß, Verlauf und Gründen des wissenschaftlichen Erfolgs des Korporatismuskonzeptes steht im Mittelpunkt des Beitrages. Soweit möglich, soll darüber hinaus eine nunmehr zwanzigjährige Debatte resümiert werden. Dabei geht es auch um die Frage, warum gerade der von Schmitter (1974) und Lehmbruch (1974; 1977) lancierte Korporatismusbegriff zu einer „sozialwissenschaftlichen Wachstumsindustrie“ (Panitch 1980) geführt hat, und nicht einer der zahlreichen anderen Versuche, die bis in die sechziger Jahre vorherrschende, jedoch allgemein als unzureichend empfundene Pluralismustheorie zu überwinden und ein neues, empirisch gehaltvolles Konzept der politischen Interessenvermittlung an ihre Stelle zu setzen.

### *1. Thesen zur Entwicklung des Korporatismusbegriffes*

Vor zwanzig Jahren begann mit Schmitters (1974) Aufsatz „Still the Century of Corporatism?“ die breite internationale Diskussion über einen neuen Korporatismus. Lehmbruch hatte im gleichen Jahr ein IPSA-Papier mit dem Titel „Consociationalism, Class Conflict and the New Corporatism“ in Jerusalem vorgelegt (Lehmbruch 1974a) und zudem in einem von Kenneth McRae herausgegebenen Band zur Konkordanzdemokratie über ein „nicht-kompetitives Muster der Konfliktsteuerung“ in der Schweiz, Österreich und dem Libanon berichtet (Lehmbruch 1974b). Wenige Jahre später veröffentlichte Schmitter (1977) ein Sonderheft der „Comparative Political Studies“ zum Thema, und Lehmbruch organisierte einen Workshop des „European Consortium for Political Research“ (ECPR), dessen Ergebnisse zusammen mit weiteren Beiträgen in zwei vielzitierten Sammelbänden von Schmitter/Lehmbruch (1979) und

Lehmbruch/ Schmitter (1982) veröffentlicht wurden. Mit dem neuen Korporatismuskonzept gewann die politikwissenschaftliche Verbändeforschung Auftrieb und Neuorientierung. In Deutschland haben dazu vor allem die Bände von von Alemann und Heinze (1979), von Alemann (1981) und Heinze (1981) beigetragen.

Mit politischer Verbändebeteiligung assoziierte man fortan nicht mehr die illegitime „Herrschaft der Verbände“ (Eschenburg), sondern eine erwünschte Option sozialer und politischer Steuerung. Außerdem richtete die Korporatismusforschung ihre Aufmerksamkeit auf binnenorganisatorische Probleme und Prozesse. Dies eröffnete eine ganz neue Innenansicht von Interessenorganisationen, wie man sie von der Pluralismustheorie nicht gekannt hatte. Deren Verbändebegriff akzentuiert die Autonomie der Gruppen und ihren Einfluß auf Regierungsentscheidungen. Pluralistische „pressure groups“ sind souveräne, nur an die speziellen Interessen ihrer freiwilligen Mitglieder gebundene Handlungseinheiten. Die Wirklichkeit der verbandlichen Interessenvermittlung in westlichen Industriestaaten sieht indessen meist anders aus. Interessenverbände sind in weitläufige Beratungs- und Entscheidungsnetzwerke eingebunden, die oft von Regierungen geschaffen wurden oder von ihrer Unterstützung abhängen. Dies hat Konsequenzen nicht nur für das politische System, sondern auch für die Verbände selbst. Je mehr sie an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben teilhaben, desto stärker können Verbandsführungen in einen Zwiespalt zwischen Mitgliederinteressen und externen Verpflichtungen geraten. Andererseits lassen sich verbandliche Integrationsprobleme über externe Einbindung lösen, wenn die Solidarität der Mitglieder gegen staatliche, von der Verbandsführung vermittelte Vorteile getauscht wird.

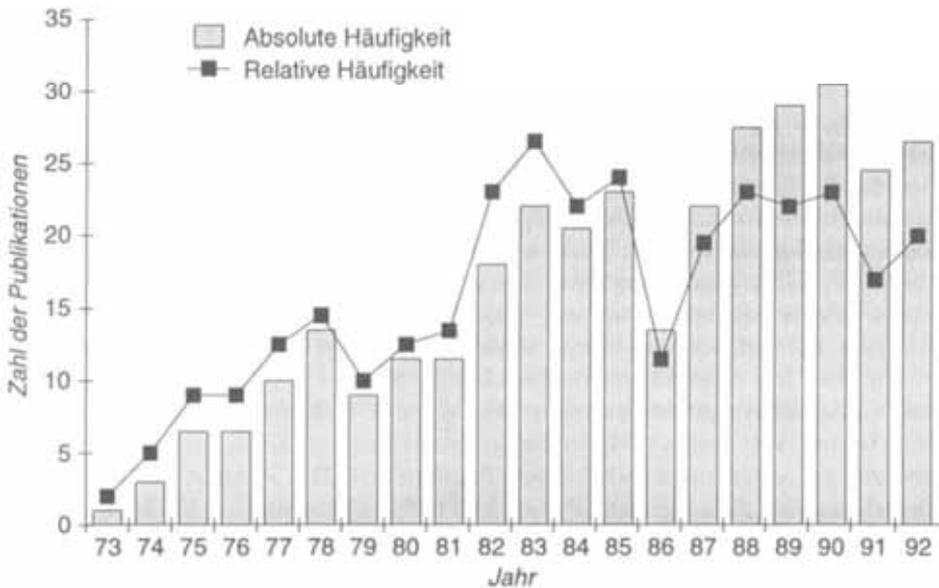
Die Korporatismusdebatte hat Aspekte institutioneller Einbindung, strategischer Interaktion und binnenorganisatorischer Probleme in den Vordergrund gerückt, die in einflußtheoretischen Analysen zwar am Rande erwähnt, jedoch kaum theoretisch reflektiert wurden. Neben ihrem ausgeprägten Tatsachenblick hat die Debatte zugleich wesentliche Punkte einer schon vorher geführten Pluralismuskritik aufgenommen und weiterentwickelt.<sup>1</sup> Die Frage, inwieweit sie einen Paradigmenwechsel der Verbändeforschung bewirkte, ist von mehr als wissenschaftshistorischem Interesse. Gerade in den Sozialwissenschaften sind es nicht unbedingt disziplininterne Prozesse, die neue Sichtweisen begründen. Vielmehr spielen externe, nichtwissenschaftliche Diskurse und gesellschaftlicher Wandel eine entscheidende Rolle. Es ist eine offene Frage, inwieweit die Korporatismusdebatte vorgängige Formen und Praktiken der politischen Interessenvermittlung lediglich neu interpretieren half, oder ob sie die Antwort auf eine veränderte Wirklichkeit der politischen Interessenvermittlung und der Staat-Verbände-Beziehungen darstellt.

## 1.1 Wachstum der Begriffsverwendung

Der Erfolg einer wissenschaftlichen Neuorientierung hat zwei notwendige Voraussetzungen (Kuhn 1970: 10): ausreichende Novität, um eine Gruppe von Anhängern dau-

<sup>1</sup> Die Pluralismuskritik verneinte die Annahmen gleicher Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit von Interessen sowie einer „Gleichgewichtsautomatik“ des Interessenausgleichs (vgl. Krehmendahl 1977).

Schaubild 1: Der Korporatismusbegriff in Zeitschriftenaufsätzen (1973 - 1992)



*Anmerkung:* Erfasst wurden alle in den „Sociological Abstracts“ zwischen 1973 und 1992 ausgewerteten Aufsätze aus weltweit 1600 sozialwissenschaftlichen Zeitschriften. Von insgesamt 191.900 Beiträgen enthielten 358 den Begriff Korporatismus (bzw. „Corporatism“). Eine Zuordnung zum Jahr der Veröffentlichung ergibt die in Schaubild 1 dargestellte Verteilung. Da die Zahl der gesamten Veröffentlichungen im Untersuchungszeitraum ansteigt, wurde zugleich die relative Häufigkeit der Begriffsverwendung ermittelt (Anteil der Veröffentlichungen mit Verwendung des Korporatismusbegriffes an allen Veröffentlichungen pro Jahr).

erhaft von konkurrierenden Erklärungsansätzen abzuwerben, und ausreichende Offenheit, die eine Menge von Problemen übrigläßt, deren Lösung sich diese Gruppe erhoffen kann. Wenn zudem die Hinwendung zu neuen Sichtweisen und Standards wissenschaftlicher Praxis eine eigene Forschungstradition begründet, besteht die Chance, daß der Paradigmenwechsel in „Normalwissenschaft“ übergeht, deren Grundlagen allgemein anerkannt werden und in Lehrbücher und Lexika eingehen (ebenda). Die Korporatismusforschung hat in mancher Hinsicht diesen Zustand der Maturität erlangt, auch wenn der von Bull (1992: 260) berichtete Versuch, das Stichwort in der „International Encyclopaedia for the Social Sciences“ im Sinne des neuen Konzeptes zu ändern, zunächst fehlschlug. Unter Korporatismus stand bis 1992 noch 'see fascism', „ohne die Beschreibung von irgendetwas, was nicht schon unter dem Eintrag 'Pluralismus' zu finden gewesen wäre“ (ebenda). In den meisten Fachlexika und Lehrbüchern der Politikwissenschaft ist der Begriff inzwischen jedoch fest verankert. Die Zahl der Zeitschriftenveröffentlichungen zur korporatistischen Interessenvermittlung ist seit 1974 zyklisch angewachsen und erreichte 1990 einen absoluten Höhepunkt (Schaubild 1). Die Verwendung des Korporatismusbegriffes verläuft nach dem Muster der Verbreitung von Moden analog einer logistischen Wachstumskurve (S-Kurve). Tatsächlich wurde das Konzept zunächst auch als eine Modeerscheinung betrachtet.

Da sich aber diese Begriffskonjunktur über nunmehr 20 Jahre hinweg entwickelt hat, kann sie mit dem Faktor Neuigkeitswert schwerlich erklärt werden.

„Der Korporatismus scheint unausrottbar - sowohl als Gegenstand der Forschung als auch als eine Regierungspraxis“. Diese von Schmitter und Streeck (1987: VII) geäußerte Vermutung hat sich offenkundig bewahrheitet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem Korporatismusbegriff um einen durch seine Herkunft aus der organischen Ständestaatslehre (Harada 1989) und durch deren Wiederaufleben im europäischen Faschismus (Viereck 1941) diskreditierten, pejorativen Begriff handelt. Die anhaltende Konjunktur des Korporatismuskonzeptes ist indes nicht nur aus diesem Grund erklärungsbedürftig. Sie erstaunt auch, weil es zahlreiche konkurrierende Ansätze der Pluralismuskritik gegeben hat, von denen einige, etwa im Umfeld der „Community power studies“, als theoretisch und methodisch fundierter galten (Williamson 1989: 71); zum anderen, weil renommierte Verbändeforscher das Korporatismuskonzept früh in die Nähe eines Etikettenschwindels gerückt hatten, von dem kein nennenswerter Erkenntniszugewinn zu erwarten sei (Heisler 1974, 1979; Almond 1983; Martin 1983; Beyme 1984; Jordan 1984). In der Tat hat bis heute die Kritik an dem einflußreich gewordenen Ansatz nicht nachgelassen. Reutter (1991: 212) attestiert der Debatte den Charakter eines „Scheingefechtes“, und Bull (1992: 255) schreibt in Reaktion auf eine Kontroverse, die 1988 unter dem Titel „The Old and New Testaments of Corporatism“ zwischen Cox (1988) und Cawson (1988) ausgetragen wurde: „Der maßgebliche Grund für die Beständigkeit der Korporatismusdebatte ist deren Unvermögen, den Standards der politischen Theorie zu genügen und einen überzeugenden Idealtypus vorzulegen, der den Beziehungen zwischen Staat und Interessengruppen gerecht wird“.

Die Vorstellung, daß begriffliche Unschärfe eine wissenschaftliche Diskussion beleben und auf Dauer in Gang halten könne, ist nicht von der Hand zu weisen. Kuhn (1970: 157-158, 169) zählt dies ebenso wie Fleck (1936) zu den Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Revolutionen, die sich gerade aus der Kritik theoretisch geschlossener, zur Wirklichkeitserklärung aber unzureichend gewordener Weltbilder entwickeln.<sup>2</sup> Man sollte nun aber annehmen, daß über Jahrzehnte hinweg solche Unschärfen geringer werden und eine Klärung des Konzeptes eintritt. Dies scheint in der Korporatismusdebatte bislang nicht der Fall zu sein. Im Gegenteil: die Dimensionen und Varianten des Konzeptes wurden immer vielfältiger. Was als Versuch zur Beschreibung einer charakteristischen Struktur der Interessenvermittlung (Schmitter 1974) und makroökonomischen Konzertierung (Lehmbruch 1974a; 1977) begonnen hatte, wurde auf nahezu jede Form des institutionell befestigten Umganges von Staat und Interessengruppen ausgeweitet. Schmitters (1989) Ausruf „Der Korporatismus ist tot! Lang lebe der Korporatismus!“ verweist auf eine Theorieentwicklung, die oft weniger in die Tiefe als in die Breite gegangen ist - eine beständige „Landnahme“, bei der immer neue „Korporatismen“ entdeckt wurden, bis schließlich große Teile der Politikwissenschaft und selbst Nachbardisziplinen durchdrungen waren.<sup>3</sup> Läßt man die Vermutung

- 2 Fleck (1936), von dem Kuhn bemerkt, daß er viele seiner Ideen vorwegnahm, hat dies an der Geschichte des Syphillisbegriffes gezeigt, der sich gegen zahlreiche, seit dem 16. Jahrhundert geläufige und relativ geschlossene astrologische, sozialetische, religiöse und pseudomedizinische Erklärungen durchsetzen mußte.
- 3 Historiker zählen sogar zu den frühen Anregern der Debatte (v.a. H.A. Winkler 1972, 1974; Maier 1975). Ökonomen haben sich meist erst Anfang der achtziger Jahre des Themas angenommen (z.B. Olson 1986).

von Bull (1992) gelten, wonach begriffliche Unscharfe die Debatte vorantrieb, dann erscheint der Vorgang auch als Indiz für den Stand der Theoriebildung in den Sozialwissenschaften. Deren Defizite und Orientierungsbedarfe müssen - so darf man vermuten - außergewöhnlich groß sein, wenn ein in dieser Lesart schillerndes Konzept ein Forschungsfeld nach dem anderen erobern kann, ohne dabei an begrifflicher Schärfe zuzulegen.

Was aus der auf konzeptionelle Konsistenz bedachten theoretischen Sicht berechnete Zweifel wachruft, kann freilich den Bedürfnissen der empirischen Forschung und praktischen Anwendung gleichwohl entgegenkommen. Nicht immer ist die allgemeingültigere, „tiefere Theorie“ (Popper 1984: 205) zugleich das am besten handhabbare Erkenntnisinstrument. Höherer Abstraktionsgrad und systematische Einheit können den praktischen Gebrauch erschweren. Dafür gibt es auch in den Naturwissenschaften zahlreiche Beispiele.<sup>4</sup> Erst recht gilt dies für das Alltagshandeln, das von speziellen anstatt von allgemeinen Theorien beherrscht wird und wo man zum Beispiel mit den Gesetzen der Newtonschen Mechanik besser zurechtkommt als mit der umfassenderen Quantentheorie.

## 1.2 Realitätsnähe des Konzeptes

Der Kritik des Korporatismuskonzeptes ist am ehesten dort zuzustimmen, wo sie bestreitet, daß es eine größere Tiefe besitze als die Pluralismustheorie (Heisler 1979; Bull 1992). Tatsächlich wurde dies in der theoretisch informierten Korporatismusdebatte auch nie behauptet. Vielmehr erschienen die Mechanismen institutioneller Verbändebeteiligung als eine Alternative zu pluralistischen Einflußbeziehungen und -entsprechend - die Theorie korporatistischer Verbändeeinbindung als Ergänzung zur Pluralismustheorie (Schmitter 1974; Lehbruch 1977). Anwendungen in der empirischen Verbändeforschung suggerieren gleichwohl häufig, hier habe ein Paradigma das andere abgelöst. Tatsächlich spricht jedoch vieles dafür, daß die rasche Ausbreitung des Korporatismuskonzeptes nicht durch ihren theoretischen Reifegrad, sondern „nachfrageseitig“, aus dem Wachstum der empirischen Verbände-, Politik- und Wirtschaftsforschung, zu erklären ist. Dazu gehört die Erschließung immer neuer Verflechtungsformen von Staat und organisierten Interessen. Sie finden sich auf allen Ebenen des politischen Systems, in den meisten Sektoren der Wirtschaft und darüber hinaus in internationalen Regimen und Integrationsräumen (Kohler-Koch 1992, Mazey/Richardson 1993). Als Folge war die Korporatismusdebatte meist „stark von einer deskriptiven Vielfalt gefangen“ (Williamson 1989: 71), ohne ihre politik- und staatstheoretischen Implikationen offen darzulegen (ebenda). Sie diente weniger der Theorieentwicklung denn als eine Heuristik zum Aufspüren politischer Lenkungsmechanismen, namentlich der Indienstnahme verbandlicher Steuerungsressourcen durch Politik

4 In der Informatik erwiesen sich der Abstraktionsgrad und die theoretische Brillanz der Mathematik und ihrer Softwareentwicklungen letztlich unterlegen gegenüber reinen Pragmatikern, die Betriebssysteme für tatsächlich vorhandene chips und Rechnerarchitekturen ad hoc zusammenstrickten. Ähnlich hatten sich in der Kernergieforschung Pragmatiker aus Ingenieurwissenschaften, Militär und Industrie gegen Forderungen aus der theoretischen Physik durchgesetzt.

und Verwaltung, die ansonsten vielleicht unerkannt geblieben wären oder nur geringe Aufmerksamkeit gefunden hätten. Die Debatte wäre demnach von einer empirischen Forschung gespeist worden, der es weniger um theoretische Kohärenz ging als um ein heuristisches Modell und Kommunikationsmittel.

Wenn dies so wäre, befände sich die korporatistische Verbändeforschung in dem Übergangszustand einer „außerordentlichen bzw. unnormalen (extraordinary, non-normal) Wissenschaft“ (Kuhn 1970: 90), die das allgemein anerkannte Fundament einer „Normalwissenschaft“ (normal science) noch nicht erreicht hat. Erstens besteht in dieser Phase die Neigung, Dinge auszuprobieren, deren Ergebnis man nur vage oder gar nicht voraussagen kann („random search“, vgl. ebenda: 61, 87). Ein solchermaßen exploratives Vorgehen ist im „Krisenzustand“ zwischen Phasen der Normalwissenschaft leichter möglich; und Kuhn zeigt an Beispielen aus der Naturwissenschaft, daß dieser Zustand lange dauern kann. Zweitens besteht die Theoriebildung in dieser Phase aus laufenden Modifikationen und Ergänzungen, die nicht der Rettung eines hergebrachten Konzeptes dienen, sondern das neue vorantreiben (ebenda: 86, Hoyningen-Huene 1989: 226). Die lange Welle der Korporatismusforschung ließe sich nach dieser Interpretation nicht mit dem untersuchten Phänomen selbst erklären, sondern wäre Ausdruck eines der Logik wissenschaftlicher Paradigmenwechsel folgenden Theoriewahldiskurses, der freilich hier weniger durch explizite Falsifikationsversuche als durch einen Theorievergleich geprägt wäre (zu dieser Unterscheidung: Hoyningen-Huene 1989: 230f.).

Eine dritte Erklärung für die Konjunktur des Korporatismusbegriffes geht über die Vermutungen eines aus Vagheit sich selbst perpetuierenden Theorieprojektes oder einer forschungspragmatisch nützlichen Heuristik insofern hinaus, als sie bei realen Veränderungen der Staat-Verbände-Beziehungen ansetzt und die wechselvolle Korporatismusdebatte als Reflex dieser Veränderungen betrachtet. Dies wäre die Gegenthese zum Postulat des Paradigmenwechsels, weil hier der Kuhnsche Wissenschaftsbegriff eines Brückenbaues zwischen realer Welt und Erscheinungswelt nicht mehr zuträfe. Wenn reale Veränderungen des Untersuchungsgegenstandes den wissenschaftlichen Diskurs in eine neue Richtung lenken, kann schwerlich von einer *wissenschaftlichen* Revolution gesprochen werden - die Wissenschaft registrierte dann nur, was in der Wirklichkeit revolutioniert wurde. Dies ist eine für die sozialwissenschaftliche Forschung ernstzunehmende Erklärung, weil ihr Gegenstand, anders als die Natur, raschen und bisweilen fundamentalen Änderungen unterworfen ist.

Tatsächlich spielten die aktuelle Politik und daraus abgeleitete Trendbeschreibungen in der Korporatismusdebatte stets eine wichtige Rolle. Streeck und Schmitter (1991: 135, 145ff.) betonen, daß Versuche neokorporatistischer Konzertierung eine Antwort auf Instabilitäten der Jahre 1968 und 1969 sowie auf globale Wirtschaftsprobleme nach 1973 gewesen sind - insbesondere ein Versuch, die Inflationsgefahr dort zu bannen, wo das Forderungsverhalten starker Gewerkschaften den nachlassenden Erfolg keynesianischer Wachstums- und Beschäftigungspolitik vollends vereiteln konnte. Bereits Schmitter (1974, 1982) erklärte die Schwerpunktverlagerung von der pluralistischen zur korporatistischen Interessenvermittlung mit Erfordernissen der Wirtschaftspolitik und prognostizierte einen daran anschließenden Trend zum „Syndikalismus“ - eine Spekulation, die angesichts der heutigen Bedeutung dezentraler, betrieblicher und regionaler Institutionen der Interessenvermittlung nicht ganz danebenlag. Ähnlich

betrachtet Lehbruch (1977) den „liberalen Korporatismus“ als eine unmittelbare Antwort auf die Probleme keynesianischer Wirtschaftssteuerung, denen die meisten Regierungen in den westlichen Industriestaaten durch Einwirkung auf die Produzentenorganisationen zu begegnen suchten. Die Verknüpfung des Korporatismusthemas mit der in den siebziger Jahren geführten Auseinandersetzung um industrielle Mitbestimmung verweist ebenfalls auf einen zeitgeschichtlichen Zusammenhang (Streeck 1979, 1982).

Die makroökonomischen Steuerungsversuche der siebziger Jahre scheiterten in vielen westlichen Industriestaaten an widrigen institutionellen, politischen und ökonomischen Bedingungen - sei es, weil die Verpflichtungsfähigkeit der Produzentenverbände nicht ausreichte, sei es, weil die korporatistische „Tauschpolitik“ zunehmend von der Kapitaleseite konterkariert wurde, oder weil die Verteilungskonflikte infolge externer „Ölschocks“ und struktureller Anpassungszwänge komplizierter geworden waren. Mit der Wende von keynesianischer Konjunkturpolitik zu angebotspolitischen Strategien, die ausgehend von den USA und Großbritannien in den frühen achtziger Jahren alle westlichen Industrieländer erfaßt hatte, veränderte sich auch die Korporatismusdebatte. Die neue Wirtschaftspolitik zielte weniger auf konjunkturelle Stabilisierung als auf strukturelle Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Entsprechend trat nun korporatistische Verbändeeinbindung als Beitrag zur Bewältigung von Strukturkrisen und Rationalisierungszwängen in den Vordergrund (Streeck 1981, 1982; Esser/Fach/Väth 1983). In diesem Zusammenhang stießen sektorale und regionalpolitische Formen des Korporatismus auf zunehmendes Interesse. Die Selbststeuerung von Wirtschaftsbranchen war außerdem ab 1982 zum zentralen Thema eines von Schmitter und Streeck geleiteten internationalen Forschungsprojektes über Unternehmerverbände aufgerückt (Schmitter/Streeck 1981; Streeck/Schmitter 1985; Traxler 1985; Farago 1987; Weber 1987; Hilbert 1988). Der publizistische Ausstoß, den dieses Mammutprojekt mit Mitarbeitern aus fast allen europäischen Ländern bewirkte, hat die Konjunktur des Korporatismusthemas bis zu ihrem Höhepunkt im Jahre 1990 (Schaubild 1) enorm beflügelt.

Die Neuorientierung der Korporatismusdebatte korrespondiert indes nicht nur mit der Wende von der Globalsteuerung zur Angebotspolitik und sektoralen Strukturpolitik. Streeck und Schmitter (1991) erklären den Niedergang des europäischen Makrokorporatismus auch mit der europäischen Integration, die nationale Assoziationsmonopole aufweicht sowie eine Pluralisierung und Regionalisierung der Interessenpolitik zur Folge hat. Nach ihrer These bietet die diffuse und dezentralisierte Struktur der europäischen Politikentwicklung weder Anreiz noch Möglichkeiten zu neokorporatistischer Verbändebeteiligung. Die Konjunkturen des Korporatismus sind auch hier Ausdruck politischer Entwicklungen, die von dem Konzept - wie die Beispiele zeigen - bündig erfaßt werden.

## *2. Grundlinien und Probleme der Korporatismusdebatte*

Die Korporatismusdebatte hat sich aus ganz unterschiedlichen Kontexten entwickelt. Schmitter (1974) knüpfte noch an die ständestaatlichen Experimente der Zwischenkriegszeit an, die er Staatskorporatismus nannte, und verglich sie mit den insbesondere

in Andrew Shonfields Buch „Moderner Kapitalismus“ beschriebenen Formen der wirtschaftspolitischen Konzertierung und Verbände einbindung, die er als „gesellschaftlichen Korporatismus“ bezeichnet. Hinzu kam seine Beschäftigung mit lateinamerikanischen Entwicklungen (Schmitter 1971). Lehmbruch (1974a,b) verband Erfahrungen, die er aus der Untersuchung konkordanzdemokratischer Praktiken in Österreich und der Schweiz gewonnen hatte, mit einer Analyse damals gängiger Versuche einer fiskal- und einkommenspolitischen Konzertierung von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. „Konzertierte Aktion“, „Soziale Programmierung“ oder „Social Compact“ sind Spielarten der sozio-ökonomischen Konfliktbewältigung, insbesondere des Klassenkonfliktes, der seit den ausgehenden sechziger Jahren im Zentrum der politikwissenschaftlichen Aufmerksamkeit gestanden hatte.

Die Übersicht sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungen seit 1973 zeigt, daß auch vor und neben den wegweisenden Konzepten Schmitters und Lehmbruchs von „Korporatismus“ gesprochen wurde, allerdings meist in einem ganz anderen als dem heute gebräuchlichen begrifflichen Zusammenhang. Die „Sociological Abstracts“ nennen zwischen 1973 und 1994 mehr als 350 in zahlreichen Sprachen publizierte Zeitschriftenaufsätze, die den Begriff Korporatismus (Corporatism) enthalten. Darunter befindet sich im Jahr 1973 ein Aufsatz aus der finnischen Zeitschrift „Sosiologie“ mit dem Titel „Funktionale Repräsentation ist Korporatismus, nicht Demokratie“, in der sich der Autor, Juha Manninen, mit einem in der gleichen Zeitschrift unterbreiteten Vorschlag von Reijo Wilenius zur funktionalen Gruppenrepräsentation in liberaldemokratischen Systemen auseinandersetzt. Der Aufsatz führte zugleich zur erstmaligen Nennung des Stichwortes „Corporatism“ in der Rubrik „Index Phrase“ der „Sociological Abstracts“. Im gleichen Jahr 1973 findet sich in der „Canadian Review of Sociology and Anthropology“ eine Auseinandersetzung mit der von Durkheim im Vorwort zur zweiten Auflage der „Division du travail“ formulierten Forderung nach einer neuen Form des Korporatismus, die der Anomie moderner Gesellschaften entgegenwirken sollten (Teperman 1973). Ebenfalls mit dem Korporatismusbegriff Durkheims und dessen Anliegen einer organisatorischen Fundierung sozialmoralischer Beziehungen im Wirtschaftsleben, einschließlich deren Anwendung auf das damalige jugoslawische Wirtschaftsmodell, beschäftigt sich Jovanovic (1975).

Häufig findet sich der Korporatismusbegriff in Beiträgen zur politischen Entwicklung Brasiliens, Argentinens und Mexikos. Von 358 in den „Sociological Abstracts“ erfaßten Aufsätzen zum Thema handeln sieben von Durkheim und 14 ausschließlich von Lateinamerika. Im übrigen wird der Begriff durchgehend in Aufsätzen verwendet, die sich mit politischen Ideologien und gesellschaftlichen Verbänden der Zwischenkriegszeit befassen. Er bleibt dabei nicht auf Beiträge über Italien und Frankreich oder Deutschland beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf den Vergleich des faschistischen Korporatismus mit der amerikanischen Politik des New Deal, in der ebenfalls Elemente einer organischen Erneuerung sozialer Institutionen enthalten sind - allerdings unter Wahrung individueller Freiheitsrechte (de Laubier 1974). Schmitter (1974) schließt - teils explizit - an solche Debatten an und konfrontiert sie mit aktuellen interventions- und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen der siebziger Jahre. Er gelangt damit zu einem Organisationstypus korporatistischer Verbände einbindung, der von Merkmalen der Verbändestruktur und der Staat-Verbändebeziehungen bestimmt wird (Schaubild 2). Dies überrascht insofern, als die Pluralismustheorie keineswegs struk-

Schaubild 2: Schmitter's (1974: 97) Idealtypus in der Übersicht

	Korporatismus	Pluralismus
Merkmale der Verbände	Begrenze Anzahl Mitgliedschaftszwang Nichtkompetitiv Hierarchisch geordnet Funktional differenziert	Vielfalt Freiwilligkeit Kompetitiv Nichthierarchisch fließende Grenzen und Mehrfachmitgliedschaft
Merkmale der Staat-Verbände-Beziehungen	Staatliche Anerkennung Repräsentationsmonopol im Austausch gegen Kontrolle der verbandlichen Führungsauslese und Interessenartikulation	Keinerlei staatliche Begünstigung  Keine staatliche Intervention in Verbändeangelegenheiten

turalistisch angelegt ist, sondern vor allem die Dynamik des politischen Prozesses erfassen möchte (Bentley 1908; Truman 1951; Schick 1969). Der von Schmitter (1974) zur Antithese des Pluralismus erklärte Korporatismusbegriff enthält dagegen kaum Aussagen zu den Prozeßeigenschaften korporatistischer Politik. Statt dessen stilisiert er das Konzept zu einer *Monopoltheorie* der Interessenvermittlung, um es so von der pluralistischen *Wettbewerbstheorie* abzuheben. Die prozessualen Implikationen dieser Unterscheidung werden aber nicht weiter behandelt.

Gleichwohl hat gerade dieser Ansatz größte Beachtung gefunden. Vergleicht man Zitationsfrequenzen der maßgeblichen Aufsätze zum Korporatismuskonzept, so werden die von Philippe Schmitter am weitaus häufigsten genannt.<sup>5</sup> Ich werde im folgenden näher auf einige Beiträge eingehen, die sich detailliert und kritisch mit Schmitter's strukturalistischem Ansatz auseinandersetzen. Sie zeigen, daß die Korporatismusdebatte vor allem in ihrem Bezug zur Pluralismustheorie eine Entwicklung durchlaufen hat, die typische Merkmale eines Paradigmendiskurses aufweist und insofern nicht nur einen Reflex aktueller politischer Entwicklungen oder eine forschungspragmatische Heuristik darstellt.

## 2.1 Kritik des Konzepts

Verschiedentlich kam es zur Weiterentwicklung des Schmitter'schen Idealtyps. Meist führte dies zu eindimensionalen Skalenmodellen und einfachen Kontinua mit der Bildung von entsprechenden Mischformen wie zum Beispiel „Bargained Corporatism“ (Crouch 1983: 457) oder „Corporate Pluralism“ (Cawson 1986: 42; vgl. Rokkan 1966). Bisweilen sind dabei auch die jeweiligen Extremtypen variiert worden. Martin (1983: 99; vgl. Jessop 1979) nennt verbandliche und parlamentarische Interessenvermittlung als Extremwerte einer Korporatismusskala. In der Skala von Crouch (1983) erscheint

<sup>5</sup> Bereits ein grober Überblick mit Hilfe des „Social Science Citation Index“ (1989 bis 1993) zeigt diesen Vorsprung sehr deutlich.

die *Disziplinierung* von Verbandsmitgliedern zugunsten der Regierungspolitik als wesentliches Merkmal korporatistischer Interessenvermittlung, im Unterschied zur ausschließlichen *Repräsentation* von Partikularinteressen in Systemen pluralistischer Einflußpolitik. Unter all diesen Versuchen kommt die Skala von Cawson (1986: 42f.) der Definition von Schmitter am nächsten. In ihr wird freilich zugleich die Problematik des korporatistischen Idealtyps besonders deutlich, die darin liegt, daß dieser ein mehrdimensionales Konzept ist, in dem die Beziehungen der Dimensionen untereinander nicht geklärt sind.

Zwar betonen Schmitter und Cawson den gleichgerichteten Zusammenhang der Merkmale des korporatistischen Idealtyps: kleine Zahl, hierarchischer Aufbau, nichtkompetitive Beziehungen, funktionale Differenzierung der Verbände etc. Tatsächlich aber sind dies voneinander unabhängige Dimensionen einer Interessenvermittlungsstruktur, die nicht unbedingt kovariieren. Zumindest ist ihr behauptetes Zusammenwirken bis heute weder theoretisch noch empirisch gesichert, sondern im Gegenteil eher fragwürdig: „Der Wettbewerb zwischen Gruppen führt nicht notwendigerweise zu einer fluiden Struktur oder nichthierarchischen Ordnung. Gerade Wettbewerbsbeziehungen können Interessengruppen veranlassen, sich in Dachverbänden hierarchisch zu organisieren. Umgekehrt eliminiert eine höhere organisatorische Konzentration der Verbände nicht notwendig die Intensität des politischen Wettbewerbs oder begünstigt in jedem Fall funktional abgegrenzte Interessensphären zu Lasten überlappender Organisationsziele“ (Sainsbury 1988: 99. vgl. Czada 1992: 61-67). Wie diese Zusammenhänge in der Wirklichkeit aussehen, hängt in erster Linie von den Regierungs- und Verwaltungssystemen ab, auf die sich Interessenpolitik richtet. Verbände werden sich zu Dachverbänden zusammenschließen, wenn sie dadurch ihren Zugang zur Politik verbessern können. Ihre Organisations- und Wettbewerbsbedingungen sind durch staatliche Organisation und Gegenverbände beeinflusst. Dies erfordert einen mehrdimensionalen Erklärungsansatz.

Idealtypen, die zur kategorialen Beschreibung komplexer Zusammenhänge geeignet sind, eignen sich kaum zur Umsetzung in eindimensionale Kontinua. Aussichtsreicher erscheint in solchen Fällen ein Konzept, wie es Lehmbruch (1982: 11) im Anschluß an Sidney Verbas (1967: 114) Überlegungen zur *konfigurativen Analyse* politischer Systeme vorschlägt. Darin werden die verschiedenen Faktoren eines Erklärungskonzeptes als variabel angesehen. So kann jeder empirische Fall als eine charakteristische Merkmalskombination beschrieben werden. Demnach wiche etwa das französische System der Interessenvermittlung von den Schmitterschen Kategorien insoweit ab, als es segmentär und stratifikatorisch statt vornehmlich funktional differenziert ist. Staat-Verbände-Beziehungen unterscheiden sich nach Wirtschaftssektoren, Eigentumsverhältnissen und Betriebsgrößen (auf Gewerkschaftsseite zudem nach politischen Orientierungen), und dies wiederum korrespondiert mit Merkmalen der Verbandsstruktur und charakteristischen Formen der Wirtschafts- und Industriepolitik (Friedberg 1979). Geringer ausgeprägt findet sich so etwas auch in Deutschland. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) repräsentieren überlappende Interessensegmente (Mann 1994: 85-87), die aber ähnlich wie in Österreich unterschiedliche Mitgliedschaftslogiken aufweisen. Der DIHT ist Repräsentant der zwangsverfaßten Industrie- und Handelskammern und von daher im gewerblichen „Mittelstand“ verankert sowie in seiner politischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt

(ebenda). Anders als in Frankreich sind Überlappungen durch Mehrfachmitgliedschaft selbst auf der Ebene von Branchenverbänden verbreitet (H. Weber 1987). Dies zeigt, daß Zentralisierung und strenge Domänenabgrenzung im Verbandswesen nicht immer gemeinsam, sondern in ganz unterschiedlichen Konfigurationen auftreten.

Stephen McBrides (1986) Beobachtung, daß die Intensität politischer Verbändeinbindung und das Maß staatlicher Eingriffe in die Autonomie von Verbänden anders als im Schmitterischen Idealtypus eine inverse Beziehung bilden, basiert auf dem Vergleich von vier Ländern (Schweden, Vereinigtes Königreich, Kanada, USA). Die Disziplinierung von Verbänden durch staatliche Politik erscheint hier als Kennzeichen pluralistischer Systeme, während der Erfolg korporatistischer Einbindung eine weitgehende Autonomie der Verbände voraussetzt. Lehbruch (1977) und Streeck (1979) sind frühzeitig auf die prekäre Komplementarität von politischer Einbindung und Verbandsautonomie eingegangen. Gerade in dieser Hinsicht wirft der Schmitterische Idealtyp neben forschungspragmatischen Nachteilen theoretische Probleme auf. Lehbruch (1977: 110, 1984a: 69; vgl. auch Lehbruch/Lang 1977: 205) weist darauf hin, daß hierarchische Organisationsstrukturen neokorporatistische Arrangements in dem Maße gefährden, in dem sie die zu ihrer Stabilität notwendige *innerverbandliche Legitimation* schmälern. Das von Schmitter betonte Element der Zwangsmemberschaft würde dieses Problem auch dann nicht lösen, wenn korporatistische Strukturen sich durch materielle Vorteile rechtfertigen könnten: auch diese, etwa Arbeitsplatzsicherheit oder gewerkschaftliche Mitbestimmung auf Gewerkschaftsseite, müssen den Mitgliedern vermittelt werden. In diesem Zusammenhang erhält die mittlere Funktionärs-ebene entscheidende Bedeutung, weil sie den internen Kommunikationsprozeß zwischen Führung und Basis gerade in formalen Organisationen weit stärker beeinflusst, als dies bei charismatischen oder traditionellen Legitimationsmechanismen durch direkte Ansprache oder sozio-kulturelle Integration der Fall ist. Hinzu kommt, daß die von Lehbruch betonte Beteiligung von Verbänden an der Ausführung korporatistisch ausgehandelter Politiken die Kooperation von Verbandsmitgliedern und Verbandsapparaten zwingend erfordert. Eine hierarchische Organisationsstruktur ist insofern nicht nur Voraussetzung, sondern ebenso auch ein Handicap korporatistischer Verbändeinbindung. Vermutlich besteht hier eine theoretisch begründbare *kurvilineare Beziehung*, die sich methodisch nur durch eine flexible Merkmalskombinatorik anstelle starrer Idealtypen bzw. eindimensionaler Konzepte erfassen läßt.

## 2.2 Neokorporatistische Austauschlogik

Lehbruch (1977,1982) hat sich mehrfach für ein multidimensionales Korporatismuskonzept ausgesprochen. Nur so, als „empirisch-typologisches Konstrukt“, eröffne es den „theoretischen Zugang zu einer vergleichenden Analyse“ (Lehbruch 1984: 131) und lasse sich im Forschungsprozeß weiterentwickeln. So hat etwa die Entfaltung des Konzeptes vom Makrokorporatismus zur sektoralen Verbändebeteiligung und verbändlichen Selbstregulierung ihm ständig neue Dimensionen zugefügt. Lehbruchs Vorgehen war am Anfang durch fünf Dimensionen bzw. „Schlüsselemente“ gekennzeichnet, die Hicks (1988: 700) folgendermaßen auflistet:

1. Organisation von Produzenteninteressen in Dachverbänden.
2. Vernetzung von Parteien- und Verbändesystem.
3. Institutionalisierte Verhandlungen zwischen Regierung und Verbänden.
4. Gewährträgerfunktion der Regierung.
5. Schlüsselstellung der Gewerkschaften in Konzertierungsnetzwerken.

Eine ähnliche Begriffsverwendung findet sich in Stephens (1979), Crouch (1985), Marks (1986) und Hicks (1988). Diese Autoren nähern sich der Korporatismusproblematik sehr stark von der output-Seite des politischen Systems. Sie behandeln Prozesse der Politikentwicklung, vornehmlich der Einkommenspolitik und makroökonomischen Globalsteuerung. Dabei wird auf organisationsstrukturelle Voraussetzungen oft nur am Rande eingegangen (Hicks 1988; Marks 1986), und insgesamt scheint die Forschung von einer theoretisch überzeugenden Verbindung von Strukturen, Prozessen und Ergebnissen korporatistischer Arrangements weit entfernt. Zwar zeigen sich eindrucksvolle statistische Zusammenhänge zwischen Strukturen der Interessenvermittlung und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (zuerst Schmidt 1982; Czada 1983). Konfigurative Analysen, die dem institutionellen Zusammenspiel von Parteien, Verbänden, Regierungen und Verwaltungen gerecht würden, sind jedoch selten (vgl. Schmid 1993). Einen theoretischen Zugang, der Strukturen, Prozesse und „outcomes“ neokorporatistischer Politikentwicklung verbindet, bietet m.E. bislang nur die *neokorporatistische Tauschhypothese* (Lehmbruch 1978), die eine prozeßtheoretische Ergänzung des organisationsstrukturellen Ansatzes darstellt.

Verbandsführungen intermediärer Organisationen, so das Argument, befinden sich in einem Spannungsfeld von Interessenvertretung und Verhandlungszwängen. Zum einen sind sie einer *Mitgliedschaftslogik* ausgesetzt, die ihnen die Vereinheitlichung und Vertretung ihrer Mitgliederinteressen aufgibt. Zum zweiten unterstehen sie einer *Einflußlogik*, die den Austausch mit anderen Verbandsführungen und mit dem Staat steuert (Schmitter/Streeck 1981:48-50; Streeck 1992:105-106). Die Balance zwischen der Durchsetzung von Mitgliederinteressen und der Kompromißbildung in Verhandlungen läßt sich nur durch Austauschprozesse halten, in denen Verbandsführungen ständig als „Makler“ auftreten. Die Gefolgschaft der Mitglieder für kompromißförmige Verhandlungsergebnisse und die Merkmale der Konfliktsituation bzw. die Verhandlungsobjekte sind die kritischen Größen dieses Balanceakts. Je mehr Gegenstände getauscht werden können und je positivere Wohlfahrtseffekte damit verbunden sind, um so leichter wird die Rolle der Unterhändler.

Mit der Tauschhypothese und der Unterscheidung von Mitgliedschafts- und Einflußlogik werden den Verbandsführungen autonome Handlungsspielräume zugebilligt und zugleich deren Grenzen abgesteckt. Der Ansatz zeigt deutlich den prekären Balanceakt korporatistischer Interessenvermittlung im Vergleich zum „pressure politics“-Modell der Pluralismustheorie. Er stellt zugleich die Marktalogie des Schmitterischen Idealtyps in Frage. Die Gegenüberstellung von Wettbewerbs- und Monopoltheorien der Interessenvermittlung (i.a.W., von Pluralismus und Korporatismus) beruht auf der Vorstellung, daß sich das pluralistische Kräftegleichgewicht in einem marktähnlichen Prozeß herstellt, sowie der empirisch bestätigten Erkenntnis, daß korporatistische Verhandlungssysteme in der Regel nur dann funktionieren, wenn die beteiligten Verbände für das von ihnen vertretene Interesse ein Repräsentationsmonopol besitzen. Diese Gegenüberstellung erweist sich bei genauer Hinsicht jedoch als irreführend,

weil hier System- und Akteureigenschaften in einer Weise aufeinander bezogen werden, die für das Regulativ „Markt“ zutrifft, bei Anwendung auf korporatistische Verbändeeinbindung aber zu falschen Schlüssen führt.

Anders als in der ökonomischen Monopoltheorie, die von der vollständigen Preissetzungsmacht bzw. Marktbeherrschung eines Monopolisten ausgeht, sind nämlich die Handlungsspielräume korporatistischer Verbandsführungen zweifach eingeschränkt: nach innen folgt aus einem Repräsentationsmonopol, daß die Mitgliedschaft ein breites Spektrum darstellt und daher heterogene Interessen zu aggregieren sind; und im Außenverhältnis sind bei der Auseinandersetzung mit Gegeninteressen Rücksichtnahmen erforderlich. Eine einseitige Festsetzung von Tauschrelationen analog zur ökonomischen Monopoltheorie ist gerade im Fall von verbandlichen Repräsentationsmonopolen unmöglich. Ihr umfassender Vertretungsanspruch kann nur kompromißförmig befriedigt werden (Lehmbruch 1986: 273, 288). Viel eher lassen sich Folgerungen der Monopoltheorie auf pluralistische Sonderinteressengruppen anwenden, die als intern geschlossene und nach außen souveräne Vetogruppen tatsächlich zur Vermachtung politischer Wettbewerbsbeziehungen beitragen können (Olson 1982). Der oft als Stütze der Demokratie bezeichnete Gruppenpluralismus trägt den Keim sozialer Schließung und wechselseitiger Blockade in sich, während korporatistische Verbändeeinbindung einen Zwang zum Interessenkompromiß ausübt (vgl. Lehner 1991). Diese Gegenüberstellung hat Konsequenzen für die demokratietheoretische Behandlung korporatistischer Verbändeeinbindung, auf die ich nun näher eingehe.

### 2.3 Demokratietheoretische Probleme

Neokorporatistische Austauschbeziehungen und ihre Mitgliedschaftslogik beruhen vornehmlich auf materiellen Legitimationen. Nur wenn die Beteiligten mit den Ergebnissen von Aushandlungsprozessen zufrieden sind, ist deren Stabilität gewährleistet. Dies ist der wesentliche Unterschied zur normativen Ständestaatslehre, die naturrechtlich oder religiös (katholische Soziallehre) begründet wird. Der universalistische Geltungsanspruch normativer Ordnungsvorstellungen ist allgemeiner und absoluter als die auf Funktionalität und Leistungsfähigkeit angelegte Rechtfertigung korporatistischer Verbändeeinbindung (z.B. Scharpf 1993a: 43-44). Daraus erwächst ein normatives Defizit, das sich nur auf zwei Wegen mildern läßt. Zum einen kann man versuchen, es wegzudefinieren, d.h. eine im Rahmen gängiger politik- und staatstheoretischer Vorstellungen liegende normative Theorie des funktionalen Korporatismus nachzuliefern. Zum anderen wäre die korporatistische Praxis selbst so zu ändern, daß sie die Chance einer formal gleichen Beteiligung für alle betroffenen Interessen sicherstellt. Es ist offenkundig, daß dieser zweite Weg nicht gangbar ist, ohne die Leistungsfähigkeit korporatistischer Arrangements zu schmälern. Innerverbandliche Demokratie und die Öffentlichkeit von Verhandlungen würden die Strategiefähigkeit der Verbände einschränken und Verhandlungen zum Erliegen bringen, die eine hohe Autonomie der Verbandsführungen voraussetzen.

In der jüngeren Debatte um die demokratietheoretische Begründung von Verhandlungssystemen vertritt Scharpf (1993a: 42-44) eine Variante, die Konfliktstrukturen, Orientierungen der Akteure und die Verhandlungspraxis als gegeben hinnimmt und

die kompromißfördernde Wirkung überlappender Mitgliedschaften betont. Da zum Beispiel Lohnempfänger zumeist auch Sparer sind und Unternehmer ebenso wie Umweltschützer unter dem Ozonloch leiden, überlappen sich die Fronten im Verteilungskonflikt um Arbeits- und Kapitaleinkommen, Unternehmensgewinne und Umweltschäden. In dem Maß, wie sich die Mitglieder eines Verbandes dieser Überschneidungen bewußt sind, wird die Verantwortung ihrer Verbandsführung ausgeweitet. Sie muß sich dann nicht mehr an der Durchsetzung von Maximalforderungen gegenüber ihren Kontrahenten messen lassen, sondern kann auch gegenüber der eigenen Mitgliedschaft das allgemeine Interesse aller Beteiligten in Erwägung ziehen (Czada 1992: 61-63).

Dies ändert aber solange grundsätzlich nichts an der materiellen Legitimitätsgrundlage korporatistischer Verhandlungssysteme, wie gegenseitige Rücksichtnahme und Kompromißfähigkeit nicht institutionell begründet werden. Dies würde zwangsläufig institutionellen Reformen voraussetzen - zugunsten eines politischen Systems, das Kompromisse fördert. Solche Systeme sind nun aber dort, wo sie funktionieren, z.B. in der Schweiz, nicht Ergebnis bewußter Gestaltung, sondern Nebenprodukt geschichtlicher Umstände. Wenn ihnen ein korporatistischer Konstitutionalismus zugrundeläge, der Zwangseingriffe in das System verbandlicher Interessenvermittlung zum Verfassungsprinzip macht, würde dadurch die Leistungsfähigkeit des auf Informalität angelegten Systems wieder geschmälert.

Voelzkow (1993) und Eichener/Voelzkow (1991) plädieren für eine formal verfaßte „assoziative Demokratie“, in der der Staat gewährleistet, daß alle maßgeblichen Gruppen partizipieren können (siehe auch Cohen/Rogers in diesem Band) und zudem als letztinstanzlicher Schlichter auftritt. Hier aber stellt sich dasselbe Problem. Je mehr der Staat die Beteiligung an korporatistischen Gremien nach allgemeinen Kriterien erzwingen muß, desto weniger kann von Staatsentlastung noch gesprochen werden. Dies ist ein Zusammenhang, der im Schlichtungswesen der Weimarer Republik oder in der gesetzlichen Einkommenspolitik (Armingeon 1983) sehr deutlich wird: Wenn in Verhandlungen der Schatten der Hierarchie zu lang und die Zahl der Beteiligten zu groß wird, geht der Vorzug freiwilliger Einbindung verloren. Die Beteiligten verlassen sich dann mehr und mehr auf eine in Gestalt des Staates herausgehobene Schlichtungsinstanz.

Für das demokratietheoretische Problem innerverbandlicher Mitwirkung und korporatistischer Aushandlungsprozesse gibt es aufgrund seiner inneren Widersprüchlichkeit nur zweitbeste Lösungen. Im übrigen muß auch das Umfeld des jeweiligen Regierungssystems betrachtet werden. So sorgt der Wettbewerb zwischen Großorganisationen für eine gewisse Balance, die demokratische Regierungen zugunsten ihrer Ziele manipulieren können (Dunsire 1993). Hier kann die Verbändeforschung zeigen, daß die pluralistische Interessenvermittlung demokratietheoretisch größere Probleme aufwirft als korporatistische Verbändebeteiligung. Die Möglichkeit einer Regierung, in den Verbändewettbewerb einzugreifen, ist bei einer Vielfalt pluralistischer Gruppen schon aus technischen Gründen sehr gering. Hinzu kommt, daß kleine Sonderinteressengruppen das Allgemeininteresse viel leichter ausbeuten können als umfassende „Monopolverbände“ (Olson 1982, 1986). Aufgrund eines engen Interessenspektrums ist ihr „demokratischer Egoismus“ viel ausgeprägter. Darüber hinaus können sie ihre Belange nach außen effektiver vertreten, während Dachverbände durch ihre Interes-

senheterogenität oft zur Mäßigung gezwungen sind und einen Großteil ihrer Ressourcen zur inneren Konsensbildung der Mitglieder aufwenden müssen (Streeck 1991). Das Verfahren der Interessenartikulation wird dadurch offener und in gewisser Weise öffentlich (Mann 1994: 115, 122). Großverbände, zumal korporatistisch eingebundene, sind durchschaubarer als kleine Sonderinteressengruppen.

Vor allem aber lassen sich die Entscheidungen korporatistischer Gremien lokalisieren und nachvollziehen, während der pluralistische Wettbewerb undurchsichtig bleibt und jede Verantwortungszuschreibung verhindert. Pluralistischer Wettbewerb kann dennoch, falls er nicht zu stark durch Verteilungskonkurrenzen vermindert ist, die allokationseffizientere Form der Interessenvermittlung darstellen (Lindblom 1959, 1965; Scharpf/Mohr 1994). Zugleich müssen aber analog zum Marktgeschehen Effizienzvorteile durch erhebliche Kontrollverluste erkaufte werden. Darin liegt eine demokratietheoretische Ambivalenz pluralistischer Interessenvermittlung, die von der Verbändeforschung nicht hinreichend bedacht wurde. Das gängige Urteil, Korporatismustheorien seien demokratietheoretisch bedenklich, während im Pluralismusansatz eine Demokratietheorie par excellence zu sehen sei (Reutter 1991: 27-33, 212-215), erscheint vor dem Hintergrund der neueren, empirisch-analytischen Verbändeforschung revisionsbedürftig.

Ein weiteres demokratietheoretisches Problem liegt in der Existenz „privater Interessenregierungen“, die eine eigentümliche Nähe zum Konzept der „administrative capture“ aufweisen, wie sie in der Pluralismuskritik zuerst von McConnell (1966) thematisiert wird. Gemeint ist die Instrumentalisierung staatlicher Hoheitsbefugnisse durch Private. Sie kann aus der Delegation öffentlicher Aufgaben an Verbände erwachsen (Kielmannsegg 1977), insbesondere wenn die staatliche Kontrollfunktion infolge einseitiger Informationsabhängigkeit geschwächt ist (Forsthoff 1966: 261-262). Tatsächlich sind es zumeist spezialisierte *Dienstleistungsverbände*, die der Staat ihrer besonderen Kompetenz wegen beauftragt. Ihr Machtpotential liegt nicht in der Mobilisierung von Mitgliedern oder anderer politischer Verbandsressourcen, sondern in eben dieser Kompetenz. Sie aber kann oft durch eigene staatliche Ressourcen ersetzt werden, und es ist prinzipiell „Sache des Staates zu entscheiden, was er sich zutraut“ (ebenda: 262). In der Realität dürfte eine solche Erwägung auf ein Kalkül hinauslaufen, das den Effekt der Staatsentlastung gegen die Gefahr der Kolonisierung staatlicher Ressorts aufrechnet. Wenn eine Regierung dabei den einen oder anderen Verband bevorzugt, scheint dies unbedenklich, solange sie sich selbst demokratisch verantworten muß. Ein Problem entsteht dann, wenn die Privilegierung bestimmter Interessen bereits institutionell vorentschieden ist.

Eichener/Voelzkow (1991) zeigen, wie parastaatliche Verbändegremien die technische Normgebung in staatlichem Auftrag gestalten. Technik reglementiert sich dabei durch disziplinierte Kriterien der Effizienz und Risikobewertung selber. Kritiker des Verfahrens sehen darin gerade nicht eine Instrumentalisierung verbandlicher Steuerungsressourcen durch den Staat, sondern die Ausbeutung eines Delegationsverhältnisses für eigennützige Zwecke (Wolf 1986). Es gibt Dienstleistungsorganisationen, deren Hauptzweck in der Beschickung sektoraler Regelungsinstanzen mit Experten besteht und die von privaten und staatlichen Mitgliedern gemeinsam getragen werden; die „Gesellschaft für Reaktorsicherheit“ wäre ein solches Beispiel.

Das deutsche Verfahren der technischen Regelsetzung knüpft eine mögliche Beteiligung

an den Monopolstatus der beteiligten Verbände. Das für die USA charakteristische Verfahren der öffentlichen Interessenbeteiligung am „rule-making“ von Regulierungsbehörden bietet dagegen keinen Anreiz zu hierarchischer Interessenorganisation. Administrative Regulierungsstile und Verfahrensvorschriften korrespondieren insofern mit Verbändestrukturen und Verflechtungsformen. Daran wird die Auswirkung von Regierungs- und Verwaltungssystemen auf unterschiedliche Strukturen und Praktiken der Interessenvermittlung besonders deutlich. Lehmbruch (1991) erklärt die Pfadabhängigkeit korporatistischer Interessenvermittlung mit spezifischen Staatstraditionen. Demnach bilden weit zurückreichende staatliche Einwirkungen auf Organisationsstrukturen und Interorganisationsnetzwerke einen entwicklungsgeschichtlichen Rahmen für korporatistische Arrangements.

### 3. Die historische Perspektive

Jüngste Veränderungen der Interessenpolitik können nicht darüber hinwegtäuschen, daß enge Beziehungen von Staat und Verbänden eine lange Tradition besitzen (Eschenburg 1989; Lehmbruch 1991). In der Korporatismusdebatte mit ihren aktuellen Bezügen wurde dies oft vernachlässigt. Um genau zu prüfen, inwieweit sie bloß „neuer Wein in alten Schläuchen“ (Beyme 1984) war, müssen wiederum Makro- und Mesokorporatismus unterschieden werden. Bei der makroökonomischen Konzertierung handelt es sich um das historisch jüngere Phänomen, während Staatsentlastung durch verbandliche Selbstregulierung und sektorspezifische Staat-Verbände-Beziehungen bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückreichen.

#### 3.1 Konzertierung und sektorale Selbstregulierung

Freiwillige Konzertierung von Produzentengruppen mit einer keynesianische Wachstumspolitik tritt nicht vor 1938 auf. Damals hatten sich die schwedischen Gewerkschaften in dem sogenannten Saltsjöbaden-Abkommen auf detaillierte Regeln über Tarifverhandlungen eingelassen, die im Endeffekt auf eine Zentralisierung der industriellen Beziehungen hinausliefen. So wollten sie verhindern, daß Einzelgewerkschaften die durch staatliche Wirtschaftspolitik hergestellte Vollbeschäftigung ausnutzten und auf diese Weise die Regierung gefährden konnten. Das Abkommen schaffte institutionelle Vorkehrungen gegen einen kurzfristigen Gebrauch der prozyklisch wechselnden Marktmacht der Tarifparteien, um die antizyklische Wirtschaftspolitik der Regierung abzustützen (Czada 1988: 70-71). Es wurde ohne direkte Regierungsbeteiligung von den Produzentenverbänden aus einem gemeinsamen Interesse an autonomen Tarifbeziehungen abgeschlossen, woraus schwedische Forscher den Schluß zogen, daß es sich hier nicht um korporatistische Verbändeeinbindung handeln könne (Korpi 1979, 1982).

Tatsächlich ist fraglich, ob eine implizite, ohne direkte Verhandlungen erreichte Berücksichtigung der staatlichen Wirtschaftspolitik durch die Tarifparteien schon als Korporatismus gelten kann. Scharpf (1987) berichtet von der disziplinierenden Rolle der deutschen Bundesbank, die durch ihre Geldpolitik die Verteilungsspielräume be-

grenzen und so die Tarifparteien zu moderaten Tariflohnabschlüssen zwingen kann. Ähnlich hatte die schwedische Regierung nach hohen Lohnsteigerungen und Streiks bereits 1935 erkennen lassen, daß bei einer Fortführung dieser Tarifpolitik ihre Wachstumspolitik gefährdet sei.

Eine solche aus der Kenntnis wechselseitiger Störpotentiale folgende Rücksichtnahme entspricht dem Muster der „negativen Koordination“ (Mayntz/Scharpf 1975:145-150). Sie entspringt einem rationalen Vermeidungsimperativ auf Seiten der Entscheidenden, der ohne Verhandlungen oder institutionalisierte Politikeinbindung wirksam wird. Gleichwohl basiert auch diese Form der impliziten Abstimmung auf institutionellen Voraussetzungen, insbesondere auf politischen Zuständigkeitsstrukturen und Veto-Positionen, wie sie von Scharpf (1987) für die Wirtschaftspolitik beschrieben werden. Diese als Korporatismus zu bezeichnen, erscheint indes fragwürdig, weil dann jede auf Abhängigkeit beruhende Interessenberücksichtigung als Korporatismus gelten könnte und so die Differenz zur pluralistischen Interessenpolitik verschwinden würde. Das zuerst von Bentley (1908) beschriebene pluralistische Kräftemessen, dessen Ergebnis die Resultante eines Kräfteparallelogramms darstellt, ist nämlich nichts anderes als eine implizite, wechselseitige Anpassung der Kontrahenten (Lindblom 1965), also „negative Koordination“. Korporatismus dagegen setzt direkte Verhandlungen zwischen den Kontrahenten voraus. Dabei geht es nicht nur um wechselseitige Rücksichtnahme, sondern um die Verwirklichung übergeordneter Ziele, für die sich ein allgemeines, gleichwohl unterschiedlich ausgeprägtes Interesse der Beteiligten reklamieren läßt. Damit verbunden ist die Förderung kooperativer Orientierungen und gemeinschaftlichen Handelns, die das pluralistische Kräftemessen gerade nicht voraussetzt. Vieles, was als Korporatismus erscheint, wäre damit eher dem pluralistischen Interessenausgleich zuzuordnen. Selbst die „Konzertierte Aktion“, die der Korporatismusdebatte entscheidende Impulse gab (Lehmbruch/Lang 1977), war keine Verhandlung, sondern ein von der Regierung organisierter Meinungsaustausch. Es gab kein verbindliches Verhandlungsergebnis, wie etwa bei der später eingerichteten „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ (Wiesenthal 1981).

Auch die „negative Koordination“ autonomer Verbände verursacht freilich binnenorganisatorische Probleme, die den Problemen korporatistischer Einbindung gleichkommen. Ob ein Verhandlungsergebnis oder die realistische Drohung einer Nationalbank die Gewerkschaften zur Forderungszurückhaltung veranlaßt, ändert an ihren internen Vermittlungsproblemen wenig - die Gefolgschaft der Mitglieder muß in beiden Fällen mobilisiert werden. Strategiefähigkeit erfordert innere Geschlossenheit, unabhängig davon, ob sich ein Verband autonom seiner Problemumwelt anpaßt oder ob er durch ein Verhandlungsergebnis dazu verpflichtet wird. Der internationale Vergleich vermittelt sogar den Eindruck, daß implizite und informelle Abstimmungen der Tarifparteien erfolgreicher und stabiler sind als institutionalisierte Verhandlungssysteme oder gar eine gesetzliche Einkommenspolitik (Armingeon 1983). Am erfolgreichsten erscheint informelle Konzertierung, die von hochzentralisierten und mitgliederstarken Gewerkschaften getragen wird (Schweden, Österreich), während Lohnbildungsgesetze oder Vereinbarungen im Rahmen von Sozialverträgen ihre Ziele bei der Umsetzung oft verfehlen.

Die Unterscheidung zwischen wechselseitiger Anpassung (Pluralismus) und aktiver Konsensmobilisierung (Korporatismus) gilt im übrigen ebenso für sektorale Regulie-

rungsnetzwerke. Auch sie weisen unterschiedliche Grade der Institutionalisierung und Verpflichtung auf, wobei pluralistische Vielfalt und Domänenüberlappungen häufiger sind als Vertretungsmonopole, und informelle Verpflichtungen den Zusammenhalt solcher Netzwerke stärker prägen als formale Institutionalisierung (Mayntz 1992).

### 3.2 Instrumentalisierung von Verbänden durch den Staat

Auf dem Feld des Makrokorporatismus und der sektoralen Selbstregulierung können pluralistische und korporatistische Verbändepolitiken nicht immer trennscharf unterschieden werden. Viel einfacher ist die Zuordnung zum Korporatismusbegriff bei dem historisch älteren Phänomen der Indienstnahme verbandlicher Steuerungsressourcen durch den Staat.

Für den modernen Staat der aufkommenden Industriegesellschaft waren Makrokorporatismus und sektorale Selbstregulierung prinzipiell unerwünscht, weil sie eine Herausforderung seines Führungsanspruchs darstellten und weil Gruppenbildung die marktförmige Vergesellschaftung stören konnte. Normative Forderungen nach autonomen Ständevertretungen galten bereits im 18. Jahrhundert als sozialromantisch-konservativ und konnten sich nicht gegen das Konzept des hierarchisch geschlossenen Einheitsstaats behaupten (Harada 1989).

Gleichwohl haben vor allem die deutschen und skandinavischen Staaten gesellschaftliche Verbände als Agenten ihrer sektoralen Wirtschaftspolitik eingesetzt und teilweise sogar selbst mit aufgebaut. So haben Beamte der Agrarverwaltung im 19. Jahrhundert an der Gründung und Führung landwirtschaftlicher Vereine mitgewirkt. Die Bauern selbst stellten anfangs neben Fachbeamten, Lehrern und Pfarrern den kleineren Teil der Mitglieder (Ulimann 1988: 35). Maßgeblich für die personelle, organisatorische und finanzielle Förderung des landwirtschaftlichen Vereinswesens war seine Bedeutung für die staatliche Agrarpolitik. „In ihrem Rahmen fielen den Vereinen wichtige Aufgaben zu, denen die Verwaltungen überhaupt nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand nachkommen konnten“ (ebenda).

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen - vom Beginn des Kammerwesens in Preußen über frühe Versuche sozialpartnerschaftlicher Konfliktschlichtung in Österreich (Holtmann 1988) bis zur staatlichen Förderung von Kartellen im Deutschen Reich und zur Stahlpolitik der Weimarer Republik (vgl. Czada/Dittich 1982). Die seit dem 19. Jahrhundert beobachtbaren Auswirkungen der Interessenverbände auf die Organisierung der Volkswirtschaft hat insbesondere Liefmann (1922) detailliert beschrieben und dabei hervorgehoben, daß die sektorale Wirtschaftsregulierung meist in engster Verbindung mit der Regierung und oft auf der Basis einer Zwangssyndizierung jeweiliger Branchen stattfand. Vor allem Kriegs- und Krisenzeiten begünstigten überall direkte Staatseingriffe in die Struktur von Interessenverbänden (Van Waarden 1991). Insgesamt zeigt die reichhaltige Literatur zum organisierten Kapitalismus (z.B. Liefmann 1922; Winkler 1972, 1974; Berghan 1988; Maier 1975) die vielfältigsten Formen von Staat-Verbände-Beziehungen, denen die Pluralismustheorie vor allem deshalb nicht gerecht werden konnte, weil sie nur die Einflußdimension thematisierte und von autonomen, allein dem demokratischen Egoismus ihrer Mitglieder verpflichteten Verbänden ausging.

Da die Korporatismusdebatte nicht allein auf aktuelle politische Konjunkturen bezogen war, sondern eine neue Sicht auf seit langem existierende, aber nicht hinreichend verstandene Phänomene eröffnet hat, kann tatsächlich von einem Paradigmawechsel in der Verbändeforschung gesprochen werden. Die wesentlichen theoretischen Erkenntnisse, die mit dem Korporatismusbegriff verbunden sind, hätte man - so meine ich - bereits in den zwanziger Jahren machen können, wenn es zu der Zeit in Europa eine breit angelegte politikwissenschaftliche Verbändeforschung gegeben hätte. Die in den USA schon damals stark auf Einflußstudien konzentrierte Politikwissenschaft (Almond 1982: 173-174) war freilich dazu nicht in der Lage, weil sie von der Realität ihres eigenen Landes gefangen war und daraus eine eigene, „allgemeine“ Theorie der Interessenvermittlung entwickelt hatte. Und nachdem die amerikanische Pluralismustheorie mit Modifikationen auch in Europa zum Leitbild der Verbändeforschung aufgerückt war, dauerte es bis in die siebziger Jahre, bis sich unter dem Begriff des Neo- bzw. „liberalen“ Korporatismus ein neues Paradigma durchsetzen konnte.

#### 4. Verbände in einer Theorie politischer Institutionen

Welche theoretische Bezüge bieten sich der künftigen Verbändeforschung? Anknüpfungspunkte sind in drei Richtungen erkennbar: zum neuen Institutionalismus in der Politikwissenschaft, zur sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse und zur Forschung über intermediäre Dienstleistungsorganisationen im sogenannten „Dritten Sektor“. Zugleich bleibt das Korporatismusthema mit Bemühungen um eine Theorie politischer Steuerung eng verknüpft.

In Deutschland scheint die gegenwärtige Verbändeforschung überwiegend von steuerungstheoretischen Problemen bestimmt zu sein. Mehr als in der Diskussion der siebziger Jahre steht die Frage der politischen Gestaltbarkeit korporatistischer Interessenvermittlung im Vordergrund (z.B. Eichener/Voelzkow 1991). In diesem Kontext erweist sich die empirische Vielfalt und Kontingenz verbandlicher Steuerungsformen zunehmend als theoretisches Problem (Lehmbruch 1991; Heinze/Schmid 1994; Hollingsworth u.a. 1994). Grundsätzlich kann die Vielfalt der Einzelfälle aus einer „Logik des Mißlingens“ (Vester) herrühren oder aus einem historischen Erbe. Im ersten Fall scheidet Einheitlichkeit an der Komplexität bzw. Überdeterminiertheit von Rationalisierungsprogrammen, im zweiten an der entwicklungsgeschichtlich-institutionellen Pfadabhängigkeit von Systemen der Interessenvermittlung.

Heinze/Schmid (1994: 34) erläutern an Beispielen vor allem die erste Möglichkeit. Sie beschreiben das mesokorporatistische Arrangement als ein „Kunststück' politischer Steuerung, das den Akteuren enorme Leistungen abverlangt - wenngleich dabei nur selten der große Wurf gelingt“. Variation entsteht in diesem Fall aus den Unberechenbarkeiten des kontingenten Zusammenwirkens vieler Beteiligter. Hollingsworth/Streeck (1994: 278-279) vermitteln demgegenüber den Eindruck, als ob die „Kunst“ der Steuerungsformen vornehmlich in der entwicklungsgeschichtlichen Logik *institutioneller* Bindung liegt:

„Länderspezifische sektorale Regime der Wirtschaftsregulierung entstehen über Zeit und schaffen historisch gewachsene soziale Tatsachen ... Ökonomische Akteure sind stets mit den

Hinterlassenschaften lokaler Institutionen konfrontiert, die sie nicht selbst geschaffen haben; nicht selbst auswählen können; nicht vertragsförmig neu ordnen können; und deren funktionale und evolutorische Logik von denen des Marktes oder formal-organisatorischer Hierarchien abweicht. Im Zentrum der Logik steht die Fähigkeit von Regelungsstrukturen, den Individuen sozial konstruierte kollektive Verpflichtungen aufzuerlegen, wenn nötig gegen ihren Willen“ (Hollingsworth/Streeck 1994: 278-279).

Beide Erklärungen - die der inszenierten und der ererbten Regelungsstrukturen - sind mit einem evolutorischen Ansatz vereinbar, sofern er die Möglichkeit proaktiver Umweltanpassung durch Diffusion einschließt. Heinze/Schmid (1994, siehe auch in diesem Band) untersuchen mesokorporatistische Praktiken in deutschen Bundesländern, die in Nordrhein-Westfalen und Sachsen von den dortigen Landesregierungen bewußt geschaffen wurden. Entwicklungsgeschichtlich bedingte Restriktionen, die als Bestandteil situativer Sachzwänge auftreten, lassen hier Spielräume im Sinne eines Handlungskorridors erkennen, der sehr oft durch Übernahme woanders erprobter Konzepte ausgefüllt wird. Dabei kann freilich niemals eine Kopie des Originals entstehen, sondern es werden lediglich vorhandene Entwicklungspfade in eine neue Richtung gelenkt. Lehbruch (1994: 131) hat dies im Sinn, wenn er „Korporatismus als eine historisch-kontingente Antwort auf aktuelle Steuerungserfordernisse“ bezeichnet. Dies schließt die Möglichkeit des Wandels bzw. der Anpassung von Korporatismus (Talos 1993) nicht aus, begrenzt diese aber auf institutionell zugelassene Alternativen.

Damit nähert sich die Korporatismusdebatte dem neuerwachten Interesse an Institutionen, das in allen Zweigen der Sozialwissenschaft einschließlich der Ökonomie zu beobachten ist. Der neue Institutionalismus in der Staatstheorie (Evans/Rüschemeier/Skoćpol 1985), der governance-Ansatz (Hollingsworth/Schmitter/Streeck 1994) und die Institutionenökonomik (North 1981; Moe 1984) können zu einer Klärung des theoretischen und empirischen Status des Korporatismuskonzeptes beitragen. Die genannten Denkansätze betonen, daß die Bewältigung von situativen Problemlagen institutionell gefiltert ist, und zeigen zugleich, daß Institutionenbildung einen permanenten Prozeß darstellt.

Im Kern der institutionentheoretischen Debatte geht es um eine umfassende Erklärung der Bewältigung spezifischer Transaktions- und Steuerungsprobleme durch Markt, Staat, Unternehmen und Verbände (vgl. Streeck/Schmitter 1985). Dabei konkurrieren kontraktualistische (Williamson, North) mit i.w.S. soziologischen (Granovetter, Streeck) Ansätzen. In der reinen Institutionenökonomik werden Institutionen auf einen einzigen Zweck, nämlich die Verpflichtung zur Kooperation zurückgeführt (Moe 1990: 213). Historische, sektorale und internationale Unterschiede können bei diesem Vorgehen kaum erklärt werden.

Gleichwohl bietet die Institutionenökonomik ein theoretisches Modell, aus dem sich substantielle Hypothesen zur Entwicklung korporatistischer Organisationsstrukturen und Interorganisationsbeziehungen gewinnen lassen. So ist anzunehmen, daß die Stabilität vorhandener korporatistischer Netzwerke von Nutzenkalkülen der Beteiligten abhängt (Lehbruch 1978, 1984a). Solche Netzwerke bieten in der Regel eine höhere Kalkulationssicherheit als das pluralistische Lobbying. Sie reduzieren den situativen Opportunismus der Beteiligten und ersparen so Transaktionskosten (Czada 1992: 64-66, 75-77). Berücksichtigt man darüber hinaus weitere, insbesondere sozial-moralische Aspekte von Gruppensolidarität und institutioneller Bindung, so könnte

das Korporatismuskonzept letztlich in einer umfassenden Theorie institutioneller Ordnungsformen aufgehen, am Ende also nur eine wichtige Station auf dem Weg zu einer Theorie politischer Institutionen darstellen.

Jüngst sind auch Verbindungslinien von der Korporatismusdebatte zu Forschungen über einen „dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat gezogen worden (Zimmer/Scholz 1992; Kleinfeld/Löbler 1993). Gemeint sind Vereine, etwa der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland, deren Status durchaus dem staatsentlastender, intermediärer Organisationen entspricht. Freilich sind sie ihrem Vereinszweck oft mehr verpflichtet als ihrer, kaum sichtbaren, Mitgliedschaft. Dies gilt besonders für die in den USA verbreiteten philanthropischen Stiftungen, mit denen sich die dortige Forschung vornehmlich beschäftigt. Bei ihnen handelt es sich um „gemeinnützige“ *Dienstleistungsverbände* mit besonders ausgeprägten Apparateinteressen, in denen Fehlleistungen und Zielverschiebungen kaum Widerstände mobilisieren können (Seibel 1992). Damit bilden sie einen Gegenpart zu mitgliederstarken korporatistischen *Interessenverbänden*, die im Spannungsfeld von Mitgliedschaftslogik und Einflußlogik operieren müssen. Parallelen zwischen Drittsektorganisationen und korporatistischen Interessenverbänden scheinen vor allem dann auf, wenn man aus der Perspektive eines steuerungstheoretischen Funktionalismus an sie herangeht. In dieser Sicht ließen sich allerdings viele funktional äquivalente Arrangements der Interessenvermittlung und Staatsentlastung ausmachen - z.B. „Runde Tische“, das Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung amerikanischer Regulierungskommissionen oder die justizentlastende Funktion skandinavischer Ombudsleute. Deren gemeinsame Untersuchung erscheint nur unter ganz spezifischen Fragestellungen sinnvoll.

Der akteurbezogene Institutionalismus, auf den die Korporatismusdebatte seit geraumer Zeit hinausläuft, würde eher die Unterschiede solcher Arrangements betonen. In diesem Ansatz steht das Wahlhandeln der Akteure im Vordergrund, allerdings normativ geprägt und strategisch begrenzt durch institutionelle Regelsysteme. Die spezifischen Sinngehalte sowie Anreiz- und Kontrollmechanismen von Institutionen führen zu unterschiedlichen Handlungslogiken. Die Mitgliedschafts- und Einflußlogik intermediärer Verbände ist dafür ein Beispiel. Wenn man unterstellt, daß Fortschritte der Theoriebildung am Allgemeinheitsgrad der Erklärung von Differenz erkennbar seien, scheint ein solches Vorgehen tatsächlich mehr zu versprechen als funktionalistische Ansätze, wie sie in der Drittsektorforschung ebenso wie in der Pluralismustheorie (Almond 1983: 180) vorherrschen. Andererseits kann der *empirische* Vergleich intermediärer Organisationen und Interorganisationsnetzwerke durchaus theoretische Anstöße vermitteln. In dieser Hinsicht erscheint der Blick in benachbarte Disziplinen und Subdisziplinen vielversprechend; das zeigt nicht zuletzt die Korporatismusdebatte, die sich durch ein ungewöhnliches Maß an Interdisziplinarität auszeichnet.

Ein weiteres, zukunftsträchtiges Forschungsfeld, das dem Korporatismuskonzept nahe kommt, ist die Beschäftigung mit Politiknetzwerken (Marin/Mayntz 1991). Soweit sie mehr als die Beschreibung von Beziehungsstrukturen im Sinn hat und vor allem der Handlungslogik wechselseitig vernetzter Akteure nachgeht, sind Parallelen zur Korporatismusdebatte offenkundig. Letztere kann sogar als ein Wegbereiter dieser Ansätze gelten (vgl. Lehbruch 1984a, 1984b). Die Netzwerkanalyse ist freilich keine Theorie, sondern ein Analysewerkzeug, das wie jedes Forschungsinstrument theoretische Implikationen aufweist. Diese liegen vor allem in der Verknüpfung von Struktur und

Akteur. Die herkömmliche Netzwerkanalyse beschreibt nur Strukturen, z.B. Interaktionshäufigkeiten, und versucht zu erklären, wie sie entstehen, stabil bleiben, sich verändern, oder welche Leistungen sie erbringen. Der Prozeßaspekt kommt erst zum Tragen, wenn man die Beziehungen der Netzwerkakteure als strategische Interaktion begreift. Hier bietet sich eine Verbindung netzwerkanalytischer und spieltheoretischer Ansätze an (Scharpf 1993b: 7). Für die empirische Forschung bedeutet dies, daß auf die Abgrenzung, Auswahl und Gewichtung der Akteure ebenso wie auf situationsbedingte Konfliktlagen zu achten ist. Dies zwingt zur Strukturierung und eindeutigen Begrenzung des Forschungsfeldes - um so mehr, je enger man die Verbindung zwischen empirischer und modelltheoretischer Forschung anlegt. Ein solche Verbindung erscheint notwendig, weil der Ansatz sonst in eine Netzwerkmetaphorik abgeleitet, deren Erklärungsbeitrag nicht sonderlich groß ist.

Ob die Verbindung von Spieltheorie und Netzwerkanalyse eine neue, postkorporatistische Konjunktur der Verbändeforschung auslöst, bleibt allerdings fraglich. Wenn es stimmt, daß es in der Wissenschaft eine Wechselbeziehung von „rigor and relevance“ (Okun) gibt, dann war die Korporatismusdebatte auf der gegenüberliegenden Seite von „rigor“ angesiedelt. Die fehlende Strenge des Konzeptes kann als ein Grund für seine rasche und weite Verbreitung gelten. Seine Offenheit für aktuelle Themen - Einkommenspolitik, Mitbestimmung, internationaler Wettbewerb und volkswirtschaftliche Modernisierung, sektorale Anpassung, europäische Integration - deutet zudem darauf hin, daß Wirklichkeitsnähe (nicht zu verwechseln mit Problemlösungsfähigkeit) einen Teil seiner Erfolgsgeschichte ausmacht.

Anfängliche Vagheit, Offenheit und Inkommensurabilität sind wichtige Bedingungen für die Durchsetzung eines wissenschaftlichen Paradigmas (Kuhn 1970: bes. 10, 157-158, 169). Das gilt für das Korporatismuskonzept offenbar ebenso wie für die Astronomie des Kopernikus oder De Broglies Wellentheorie. Gängige Theoreme der Verbändeforschung sind indes weniger esoterisch als die theoretische Physik und daher in einer breiteren Öffentlichkeit kommunizierbar. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß sozialwissenschaftliche Neuerungen unmittelbar, ohne das Zwischenglied technischer Artefakte, auf die Gesellschaft einwirken. Nimmt man dies als Prüfstein, so bietet die Korporatismustheorie schon deutlich weniger konkrete Anzeichen eines erfolgreichen Paradigmenwechsels. Der Begriff ist in der breiten politischen Öffentlichkeit - vor allem in Deutschland - nur bedingt salonfähig geworden und fand bei weitem nicht den Stellenwert, den die Pluralismustheorie als gesellschaftliche Ordnungsvorstellung immer noch hat. Korporatismus ist immer noch mehr Praxis als Debatte.

Wie gewichtig das Konzept andererseits in der einschlägigen Praxis eingeschätzt wird, zeigt eine unlängst von Siegfried Mann, dem langjährigen Hauptgeschäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ (BDI), verfaßte Doktorarbeit, in der er die Konfrontation des BDI mit Versuchen „korporatistischer Einvernahme“ schildert (Mann 1994: bes. 127-131, 289-298). Die Führung des Dachverbandes sah sich offenkundig der Spannung zwischen Authentizität der Interessenvertretung und staatlicher Vereinnahmung ständig ausgesetzt. Nur wollte sie in dieser Lage interne Verpflichtungsfähigkeit keinesfalls als Folge eines privilegierten Zugangs zur Politik verstanden wissen, sondern als Ausdruck innerer Solidarität: „Verpflichtungsfähigkeit... der BDI-Verbandsspitze beruht auf ihrem durch das verbandliche Selbstverständnis stabilisier-

ten Vertrauensvorschuß“ (ebenda, 131). Es geht demnach in der Verbandsarbeit nicht allein um situative Interessenvertretung, sondern auch um die Ehre der Profession und den guten Ruf der Industrie. „Die Mitgliederpartizipation und das verbandliche Selbstverständnis bilden zugleich jene Ressourcen, auf die eine Verbandsführung ihre Integrationsbemühungen stützen kann und muß“ (ebenda, 130). Gelingt ihr die autonome Integration nicht, und dies ist bei heterogenen Spitzenverbänden naheliegend, bleibt sie auf Unterstützung von außen angewiesen - und riskiert dabei wiederum Autonomie und Selbstverständnis. Solche Sorgen eines Verbandsfunktionärs werden von der Korporatismustheorie bündig erfaßt - was ein Gutteil ihrer politikwissenschaftlichen Attraktivität erklärt.

### Literatur

- Aleman, Ulrich v.* (Hrsg.), 1981: Neokorporatismus, Frankfurt/M.
- Alemann, Ulrich v./Heinze, Rolf G.* (Hrsg.), 1979: Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus, Opladen.
- Almond, Gabriel A.*, 1983: Pluralism, Corporatism, and Professional Memory, in: *Gabriel A. Almond* (Hrsg.), *A Discipline Divided. Schools and Sects in Political Science*, Beverly Hills, 173-188.
- Armington, Klaus*, 1983: Neo-korporatistische Einkommenspolitik. Eine vergleichende Untersuchung von Einkommenspolitiken in westeuropäischen Ländern in den 70er Jahren, Frankfurt/M.
- Bachrach, Peter*, 1967: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M.
- Bentley, Arthur*, 1908: The Process of Government: A Study of Social Pressures, Evanston.
- Berghahn, Volker*, 1988: Corporatism in Germany in Historical Perspective, in: *Andrew Cox/N. O'Sullivan* (Hrsg.), *The Corporate State*, Cambridge, 104-122.
- Beyme, Klaus von*, 1984: Der Neokorporatismus - Neuer Wein in alten Schläuchen?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, 211-233.
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendieck, Hans-Dieter*, 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft, Frankfurt/M.
- Bull, Martin f.*, 1992: The Corporatist Ideal-Type and Political Exchange, in: *Political Studies* 15, 255-272.
- Cawson, Alan*, 1985: Organized Interests and the State: Studies in Meso-Corporatism, London.
- Cawson, Alan*, 1986: Corporatism and Political Theory, Oxford.
- Cawson, Alan*, 1988: In Defence of the new Testament: a reply to Andrew Cox „The old and new Testaments of Corporatism“, in: *Political Studies* 36, 310-315.
- Cox, Andrew*, 1988: The old and new Testaments of Corporatism: is it a Political Form of the State or a Method of Policy-Making?, in: *Political Studies* 36, 294-308.
- Crouch, Colin*, 1983: Pluralism and the New Corporatism: A Rejoinder, in: *Political Studies* 31, 452-460.
- Crouch, Colin*, 1985: Conditions for Trade Union Wage Restraint, in: *Leon N. Lindberg/Charles S. Maier* (Hrsg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagflation*, Washington, 105-139.
- Czada, Roland*, 1983: Konsensbedingungen und Auswirkungen neokorporatistischer Politikentwicklung, in: *Journal für Sozialforschung* 23, 421-440.
- Czada, Roland*, 1988: Auf dem Weg zur Produktionspolitik. Zur Entwicklungslogik neokorporatistischer Gewerkschaftseinbindung in Schweden, in: *Walther Müller-Jentsch* (Hrsg.), *Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt a.M./New York, 70-99.
- Czada, Roland*, 1992: Interessengruppen, Eigennutz und Institutionenbildung. Zur politischen Logik kollektiven Handelns, in: *Klaus Schubert* (Hrsg.), *Leistungen und Grenzen politisch-ökonomischer Theorie. Eine kritische Bestandsaufnahme zu Mancur Olson*, Darmstadt, 57-78.

- Czada, Roland/Dittrich, Walter, 1980: Politisierungsmuster zwischen Staatsintervention und gesellschaftlicher Selbstverwaltung, in: *Volker Ronge* (Hrsg.), *Am Staat vorbei. Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit*, Frankfurt/M., 195-235.
- De Crazia, A., 1951: *Public and Republic. Political Representation in America*, New York.
- dehaubier, Patrick, 1974: *Politique Sociale et Ideologies en 1936 (II)*, in: *Revue Francaise des Affaires Sociales* 28, 109-136.
- Dunsire, Andrew, 1993: *Manipulating Social Tensions: Collibration as an Alternative Mode of Government Intervention*, MPIFG discussion paper 93/7, Köln.
- Eichener, Volker/Voelzkow, Helmut, 1991: *Umweltinteressen in der verbandlichen Techniksteuerung. Eine empirische Untersuchung der technischen Normierung im Bereich der Stadtentwicklung*, Dortmund.
- Eschenburg, Theodor, 1963: *Herrschaft der Verbände?*, 2. Aufl., Stuttgart.
- Eschenburg, Theodor, 1989: *Das Jahrhundert der Verbände. Lust und Leid organisierter Interessen in der deutschen Politik*, Berlin.
- Farago, Peter, 1987: *Verbände als Träger öffentlicher Politik. Aufbau und Bedeutung privater Regierungen in der Schweiz*, Grösch.
- Fleck, Ludwik, 1980: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv.*, Frankfurt am Main (Erstausgabe: 1936).
- Forsthoff, Ernst, 1966: *Hundert Jahre Technische Überwachung. Gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft*, in: *Technische Überwachung* 7, 257-262.
- Fraenkel, Ernst, 1991: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Frankfurt (1. Auflage 1964).
- Friedberg, Erhard, 1979: *Staat und Industrie in Frankreich*. IIM-papers 79-10, Berlin.
- Harada, Tetsushi, 1989: *Politische Ökonomie des Idealismus und der Romantik: Korporatismus von Fichte, Müller und Hegel*, Berlin.
- Heinze, Rolf G., 1981: *Verbändepolitik und „Neokorporatismus“*. Zur politischen Soziologie organisierter Interessen, Opladen.
- Heinze, Rolf G./Schmid, Josef, 1994: *Industrieller Strukturwandel und die Kontingenz politischer Steuerung: Mesokorporatistische Strategien im Vergleich*, SIT-wp-2-94, Bochum.
- Heisler, Martin O., (Hrsg.), 1974: *Politics in Europe*, New York.
- Heisler, Martin O., 1979: *Corporate Pluralism Revisited. Where is the Theory?*, in: *Scandinavian Political Studies* 2, 277-297.
- Hicks, Alexander, 1988: *Social Democratic Corporatism and Economic Growth*, in: *The Journal of Politics* 50(3), 677-701.
- Hollingsworth, J. Rogers/Streeck, Wolfgang, 1994: *Countries and Sectors: Concluding Remarks on Performance, Convergence, and Competitiveness*, in: *Hollingsworth, J. Rogers/Schmitter, Philippe/Streeck, Wolfgang*, *Governing Capitalist Economies: Performance and Control of Economic Sectors*, New York.
- Holtmann, Everhard, 1988: *„Sozialpartnerschaft“ und „Soziale Frage“*, in: *Der Staat* 27(2), 233-250.
- Hoyningen-Huene, Paul, 1989: *Die Wissenschaftsphilosophie Thomas S. Kuhns*, Braunschweig.
- Jessop, Bob, 1979: *Corporatism, Parliamentarism and Social Democracy*, in: *Philippe Schmitter/Gerhard Lembruch* (Hrsg.), *Trends Towards Corporatist Intermediation*, London, 185-212.
- Jordan, Grant, 1984: *Pluralistic Corporatism and Corporate Pluralism*, in: *Scandinavian Political Studies* 7, 137-123.
- Jovanovic, Radisa, 1975: *Dirkemova koncepcija korporativnog socijalizma*, in: *Sociologija* 17, 151-167.
- Kaiser, Joseph H., 1956: *Die Repräsentation organisierter Interessen*, Berlin.
- Katzenstein, Peter, 1985: *Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe*, Ithaca.
- Kielmannsegg, Peter Graf, 1977: *Organisierte Interessen als „Gegenregierungen“?*, in: *Wilhelm Hennis/Ulrich Kielmannsegg/Peter Matz* (Hrsg.), *Regierbarkeit*, Bd. II, Stuttgart, 139-176.
- Kleinfeld, Ralf/Löbler, Frank, 1993: *Verbände in Nordrhein-Westfalen - Eine Vorstudie zu Theorie und Empirie von Verbänden in der Landespolitik*, polis-Sonderheft, FernUniversität Hagen.
- Kohler-Koch, Beate, 1992: *Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozeß*, in: *Michael Kreile* (Hrsg.), *Die Integration Europas* (PVS-Sonderheft 23), Opladen, 81-119.
- Korpi, Walter, 1978: *The Working Class in Welfare Capitalism*, London.

- Korpi, Walter, 1982: The Historical Compromise and its Dissolution, in: *Bengt Ryden/V. Bergström* (Hrsg.), Sweden, Choices for Economic and Social Policy in the 1980's, London.
- Kremerndahl, Hans, 1977: Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen.
- Kuhn, Thomas S., 1970: The Structure of Scientific Revolutions, 2. Auflage, Chicago.
- Lange, Peter, 1984: Unions, Workers and Wage Regulation: The Rational Bases of Consent, in: *John H. Goldthorpe* (Hrsg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism: Studies in The Political Economy of Western European Nations. Oxford, 98-123.
- LaPalombara, Joseph, 1964: Interest Groups in Italian Politics, Princeton, NJ.
- Lehmbruch, Gerhard, 1974a: Consociational Democracy, Class Conflict, and the New Corporatism. Beitrag für den IPSA Round Table on „Political Integration“. Jerusalem. Abgedruckt in: *Philippe Schmitter/Gerhard Lehmbruch* (Hrsg.), 1979: Trends Toward Corporatist Intermediation, Beverly Hills, 53-62.
- Lehmbruch, Gerhard, 1974b: A Non-competitive Pattern of Conflict Management in Liberal Democracies: The Case of Switzerland, Austria and Lebanon, in: *Kenneth McRae* (Hrsg.), Consociational Democracy: Political Accommodation in Segmented Societies, Toronto, 90-97.
- Lehmbruch, Gerhard, 1977: Liberal Corporatism and Party Government, in: *Comparative Political Studies* 10, 91-126.
- Lehmbruch, Gerhard, 1978: Corporatism, Labour, and Public Policy, Ms. International Sociology Association World Conference, Symposium 11 „Social Policies in comparative Perspective“, Uppsala.
- Lehmbruch, Gerhard, 1979: Concluding Remarks: Problems for Future Research on Corporatist Intermediation and Policy Making, in: *Philippe C. Schmitter/Gerhard Lehmbruch* (Hrsg.), Trends Towards Corporatist Intermediation, London, 299-309.
- Lehmbruch, Gerhard, 1982: Introduction: Neo-corporatism in Comparative Perspective, in: *Gerhard Lehmbruch/Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), Patterns of Corporatist Policy-Making, London, Beverly Hills, 1-28.
- Lehmbruch, Gerhard, 1984a: Concertation and the Structure of Corporatist Networks, in: *John Goldthorpe* (Hrsg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford, 60-80.
- Lehmbruch, Gerhard, 1984b: Interorganisatorische Verflechtungen im Neokorporatismus, in: *Jürgen Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven* (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen, 467-482.
- Lehmbruch, Gerhard, 1986: Interest Groups, Government, and the Politics of Protectionism, in: *Außenwirtschaft* 41, 273- 302.
- Lehmbruch, Gerhard, 1991: The Organization of Society, Administrative Strategies, and Policy Networks, in: *Roland Czada/Adrienne Windhoff-Heritier* (Hrsg.), Political Choice: Institutions, Rules and the Limits of Rationality, Frankfurt a.M., Boulder Col., 121-158.
- Lehmbruch, Gerhard, 1994: Rezension zu „Tälos, Emmerich (Hrsg.), Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23, 131-133.
- Lehmbruch, Gerhard/Lang, Werner, 1977: Die „Konzertierte Aktion“: Ansätze zu einem neuen Korporatismus in der Bundesrepublik, in: *Der Bürger im Staat* 27, 202-208.
- Lehner, Franz, 1991: The Institutional Control of Organized Interest Intermediation: A Political-Economic Perspective, in: *Roland Czada/Adrienne Windhoff-Heritier* (Hrsg.), Political Choice: Institutions, Rules and the Limits of Rationality, Frankfurt/M., Boulder Col., 233-256.
- Liefmann, Robert, 1922: Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation, Stuttgart.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of „Muddling Through“, in: *Public Administration Review* 13, 79-88; deutsch: Inkrementalismus: Die Lehre vom „Sich-Durchwursteln“, in: *Wolf-Dieter Narr/Claus Offe* (Hrsg.) 1975, Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln, 161-177.
- Lindblom, Charles E., 1965: The Intelligence of Democracy. Decision Making through Mutual Adjustment, New York.
- Lowi, Theodore, 1969: The End of Liberalism. Ideology, Policy and the Crisis of Public Authority, New York.
- Maier, Charles S., 1975: Recasting Bourgeois Europe: Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I, Princeton.

- Mann, Siegfried, 1994: Macht und Ohnmacht der Verbände, Baden-Baden.
- Marin, Bernd/Mayntz, Renate, 1991: Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt/M.
- Marks, Gary, 1986: Neocorporatism and Incomes Policy in Western Europe and North America, in: *Comparative Politics* 18, 253-277.
- Martin, Ross M., 1983: Pluralism and the New Corporatism, in: *Political Studies* 31, 86-102.
- Mayntz, Renate (Hrsg.), 1992: Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl, Gütersloh.
- Mayntz, Renate, 1992: Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken, in: *Journal für Sozialforschung* 32, 19-32.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W., 1975: Policy Making in the German Federal Bureaucracy, Amsterdam.
- Mazey, Sonia/Richardson, Jeremy (Hrsg.), 1993: Lobbying in the European Community, Oxford.
- McBride, Stephen, 1985: Corporatism, Public Policy and the Labour Movement: A Comparative Study, in: *Political Studies*, 33, 439-456.
- McBride, Stephen, 1986: Corporatism, Public Policy and the Labour Movement: A Comparative Study, in: *Political Studies* 33, 439-456.
- McConnell, Grant, 1966: Private Power and American Democracy, New York.
- Moe, T.M., 1990: Political Institutions: The Neglected Side of the Story, in: *Journal of Law, Economics, and Organization* 6, 213-253.
- Moe, Terry M., 1984: The New Economics of Organization, in: *American Journal of Political Science* 28, 739-777.
- North, Douglas C, 1981: Structure and Change in Economic History, New York.
- Olson, Mancur, 1982: The Rise and Decline of Nations, New Haven.
- Olson, Mancur, 1986: A Theory of the Incentives Facing Political Organizations. Neo-Corporatism and the Hegemonic State, in: *Internationale Political Science Review* 7, 165-189.
- Panitch, Leo, 1977: The Development of Corporatism in Liberal Democracies, in: *Comparative Political Studies* 10, 61-90.
- Panitch, Leo, 1980: Recent Theorizations of Corporatism: Reflections on a Growth Industry, in: *British Journal of Sociology* 31, 159-187.
- Popper, Karl, 1984: Objektive Erkenntnis: ein evolutionärer Entwurf, Hamburg.
- Reutter, Werner, 1991: Korporatismustheorien: Kritik, Vergleich, Perspektiven, Frankfurt/M.
- Rokkan, Stein, 1966: Norway: Numerical Democracy and Corporate Pluralism, in: *Robert A. Dahl* (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*, New Haven, 70-115.
- Sainsbury, Dyane, 1988: Corporatism and Pluralism. On the Utility of the Pluralist/Corporatist Dichotomy in Policial Analysis, in: *Dyane Sainsbury* (Hrsg.), *Democracy, State and Justice: Critical Perspectives and New Interpretations*, Stockholm, 91-112.
- Scharpf, Fritz, W., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa, Frankfurt/New York.
- Scharpf, Fritz, W., 1993a: Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat, in: *Roland Czada/Manfred G. Schmidt* (Hrsg), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehbruch, Opladen, 25-50.
- Scharpf, Fritz W., 1993b: Introduction, in: *Fritz W. Scharpf* (Hrsg.) *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt/M.
- Scharpf, Fritz W./Mohr, Matthias, 1994: Efficient Self-Coordination in Policy Networks. A Simulation Study. MPIFG Discussion Paper 94/1, Köln.
- Schattschneider, E.E., 1960: The Semisovereign People, New York.
- Schick, A., 1969: Systems Politics and Systems Budgeting, in: *Public Administration Review* 29, 137-151.
- Schmid, Josef, 1993: Parteien und Verbände. Konstitution, Kontingenz und Koevolution im System der Interessenvermittlung, in: *Roland Czada/Manfred G. Schmidt*, *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehbruch, Opladen, 171-190.
- Schmidt, Manfred G., 1982: Does Corporatism Matter? Economic Crisis, Politics and Rates of Unemployment in Capitalist Democracies in the 1970s, in: *Gerhard Lehbruch/Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, Beverly Hills, 237-258.
- Schmitter, Philippe C, 1971: Interest Conflict and Political Change in Brazil, Stanford.

- Schmitter, Philippe C*, 1974: Still the Century of Corporatism?, in: *Review of Politics* 36, 85-131.
- Schmitter, Philippe C*, 1977: Modes of Interest Intermediation and Models of Societal Change in Western Europe, in: *Comparative Political Studies* 10, 7-38.
- Schmitter, Philippe C*, 1989: Corporatism is Dead! Long Live Corporatism! Reflections on Andrew Shonfield's „Modern Capitalism“, in: *Government and Opposition* 24, 54-73.
- Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang*, 1987: Foreword, in: *Ilja Schölten* (Hrsg.), *Political Stability and Neo-Corporatism*, London, VI-VII.
- Schmitter, Philippe/Lehmbruch, Gerhard* (Hrsg.), 1982: *Trends Toward Corporatist Intermediation*, Beverly Hills, London.
- Schmitter, Philippe/Streeck, Wolfgang*, 1981: The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associate Action of Business in Advanced Industrial Societies of Western Europe. Wissenschaftszentrum Berlin: IIMV dp81-13, Berlin.
- Seibel, Wolfgang*, 1992: Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiterende Organisationen im Dritten Sektor zwischen Markt und Staat, Baden-Baden.
- Stephens, John D.*, 1979: *The Transition from Capitalism to Socialism*, London.
- Streeck, Wolfgang*, 1979: Staatliche Ordnungspolitik und industrielle Beziehungen. Zum Verhältnis der Integration und Institutionalisierung gewerkschaftlicher Interessenverbände am Beispiel des britischen Industrial Relations Act von 1971, in: *Udo Bermbach* (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und Politische Praxis* (PVS-Sonderheft 9), Opladen, 106-139.
- Streeck, Wolfgang*, 1981: Neokorporatistische Kooperation und weltwirtschaftliche Konkurrenz, in: *Michael Dauderstädt* (Hrsg.) *Pluralismus unter Konkurrenzdruck*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Streeck, Wolfgang*, 1982: Organizational Consequences of Neo-Corporatist Cooperation in West German Labor Unions, in: *Gerhard Lehmbruch/Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, Beverly-Hills, 29-81.
- Streeck, Wolfgang*, 1991: Interest Heterogeneity and Organizing Capacity. Two Class Logics of Collective Action?, in: *Roland Czada/Adrienne Windhoff-Heritier* (Hrsg.), *Political Choice: Institutions, Rules and the Limits of Rationality*, Frankfurt a.M., Boulder Col., 161-198.
- Streeck, Wolfgang*, 1992: Social Institutions and Economic Performance. *Studies of Industrial Relations in Advanced Capitalist Economies*, London.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C.* (Hrsg.), 1985: *Private Interest Government - Beyond Market and State*, London.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C*, 1991: From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market, in: *Politics & Society* 19(2), 133- 164.
- Tälos, Emmerich* (Hrsg.), 1993: *Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells*, Wien.
- Tepperman, Lome*, 1973: The Multiplication of Opportunities: A Model of Sponsored Mobility in Coventry, England, in: *Canadian Review of Sociology and Anthropology* 10,1-19.
- Traxler, Franz*, 1986: *Interessenverbände der Unternehmer*, Frankfurt.
- Truman, David B.*, 1951: *The Governmental Process*, New York.
- Van Waarden, Frans*, 1991: Wartime Economic Mobilisation and State-Business Relations: A Comparison of Nine Countries, in: *Wyn Grant/Jan Nekkers/Frans Van Waarden* (Hrsg.), *Organising Business for War. Corporatist Economic Organisation during the Second World War*, New York, Oxford.
- Verba, Sidney*, 1967: Some Dilemmas in Comparative Research, in: *World Politics* 20, 111-127.
- Viereck, P.*, 1941: *Metapolitics - From the Romantics to Hitler*, New York.
- Voelzkow, Helmut*, 1993: Staatseingriff und Verbandsfunktion: Das verbandliche System technischer Regelsetzung als Gegenstand staatlicher Politik. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: Discussion Paper 93/2, Köln.
- Weber, Hajo*, 1987: *Unternehmerverbände zwischen Markt, Staat und Gewerkschaften. Zur intermediären Organisation von Wirtschaftsinteressen*, Frankfurt/M.
- Wiesenthal, Helmut*, 1981: Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Ein Beispiel für Theorie und Politik des modernen Korporatismus, Frankfurt/M.
- Willets, David*, 1994: *Civic Conservatism*, London: Social Market Foundation.
- Williamson, Peter /.*, 1989: *Corporatism in Perspective. An Introductory Guide to Corporatist Theory*, London.
- Winkler, Heinrich A.*, 1972: *Pluralismus oder Protektionismus?*, Berlin.

- Winkler, Heinrich A.* (Hrsg.), 1974: *Organisierter Kapitalismus*, Göttingen.
- Wolf, Rainer*, 1986: Das Recht im Schatten der Technik, in: *Kritische Justiz* 19, 241-262.
- Zimmer, Anette/Scholz, Martina*, 1992: Der Dritte Sektor zwischen Markt und Staat - ökonomische und politologische Theorieansätze, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4/92, 21-39.